Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 428 Jahrgang 214

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 7.50, vierteljährlich Mk. 22.50 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Sonntag-Ausgabe

Sonntag, 18. September

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 70 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 3,00 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Aenderung der Reichsverfassung!

Forderungen der bayerischen Volkspartei

Bayern verlangt einen Staatspräsidenten

München, 17. September.

Die Bayerische Volkspartei hat im Landtag folgende zwei wichtige Anträge eingebracht:

1. Die bayerische Staatsregierung wolle baldmöglichst einen Gesetzentwurf vorlegen, der einen Staatspräsidenten an der Spitze der Staatsregierung vorsieht, dem das Recht zusteht, Bayern nach außen hin zu vertreten, mit dem Präsidenten des Landtags gemeinsam die Staatsverträge und Wahlgesetze auszuarbeiten und zu verkünden, dem Landtag die Vorschlagslisten der Minister zu unterbreiten und sie im Einverständins mit dem Landtag zu berufen, die Beamten zu ernennen und Wahlerlasse ergehen zu lassen.

2. Die bayerische Staatsregierung wolle durch ihre Vertreter im Reichsrat eine Gesetzesvorlage beantragen, nach der die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten dahin beschränkt werden, daß sie in keine Hoheitsrechte eines Landes eingreifen dürfen, daß insbesondere der Vollzug eines vom Reichspräsidenten jeweils verhängten Ausnahmezustandes Sache der Landesregierung bleibe und lediglich im Falle der Weigerung einer Landesregierung ihm das Recht zusteht, die Entscheidung des Reichsrates herbeizuführen.

Minister Oswald gegen Wirth

München, 17. September.

Wie sich die Bayerische Volkspartei wieder heimgefunden hat nach ihrer Irrung mit Kahr, davon gibt die Rede des Sozialministers Oswald Kunde. Er erinnerte an das Wort König Ludwigs des Dritten, der als bayerischer Prinz und Abgesandter seines Vaters bei der Zarenkrönung in Petersburg jene bekannten Worte sprach: „Wir sind Verbündete und keine Vasallen". In Berlin habe man die bayerische Verkehrsfinanz und Heereshoheit verschachert; man verschacherte unsere Einwohnerwehren in Spaa und schickte uns die Ententevertreter auf den Hals. Versuche, dem Wucher- und Schiebertum den Garaus zu machen, haben in Berlin entweder Abschwächung oder Ablehnung gefunden. Die letzte Verordnung des Reichspräsidenten habe in Bayern zu den schwersten politischen Erschütterungen geführt, man habe eben gegen Bayern den starken Mann spielen wollen. Er müsse entschieden bestreiten, daß Kahr bei seinem Entschluß, an dem zeitlichen Vorbehalt zur Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes festzuhalten, Einflüssen von außen her unterlegen sei. Wenn die Berliner Regierungspolitik so frei wäre von Einflüssen von außen wie die bayerische, dann könnten wir uns gratulieren, sagte der Minister unter stürmischem, langanhaltendem Beifall. Darüber bestünde kein Zweifel, daß der von Herrn von Kahr gewünschte Zustand die Verhandlungen mit Berlin, wenn die Regierung dort frei wäre, nicht erschwert hätte, denn die Linksparteien wollen die Beseitigung des Ausnahmezustandes unter allen Umständen. Noch keine Minute habe sich die Bayerische Volkspartei von Kahr getrennt; verantwortlich seien jene, die die Sache geschoben hätten. Der gegenwärtige Kampf Wirths, die letzten Vorgänge im Reichstag seien nichts anderes als Vermutungen, für Bayern aber Verleumdungen. Es sei ungeheuerlich, wenn Dittmann gesagt habe, München habe zur Ermittlung der Mörder Erzbergers nichts getan. Seit wann sucht man denn die Spur von Mördern, die den Mord in Baden begangen haben, in erster Linie in München? Jeder Bauer müsse diesen Ton verachten, und Herr Dittmann verdient's, auch wenn er U. S. P. ist. Der gegenwärtige Kampf zwischen München und Berlin ist nicht der erste und nicht der letzte. Der Minister schloß: „Vor einigen Tagen erfuhr ich aus gut unterrichteter Quelle, daß der Berliner Magen sich bereits nach unserem Budgetrecht sehnt und dieses dem Berliner Magen einverleiben will, und daß man dabei von einer außerdeutschen Stelle unterstützt wird, weil man dabei eher in die Lage käme, das Ultimatum zu erfüllen! Vielleicht kann der Herr Reichskanzler solchen Gerüchten mit einer bestimmten Erklärung begegnen, das würde uns viel mehr interessieren, als manches seiner sonstigen Ausführungen." — Minister Heinrich Oswald, Minister für soziale Fürsorge, war früher Verbandsvorsitzender der christlichen Hilfstransportarbeiter in Aschaffenburg. Er ist wie Auer früher Dorfhirte und Bauernknecht in Niederbayern gewesen und nach seiner Mitarbeit Maschinenarbeiter im Staatslaboratorium der Festung Ingolstadt geworden. Durch seine Angriffe auf den Verkehrsminister von Frauendorfer hat er im November 1911 dessen Sturz und den des gesamten Ministeriums Podewils herbeigeführt, dem die Berufung des Ministeriums Hertling und damit der große politische Umschwung folgte, den Bayern vor dem Krieg und vor der Revolution noch erlebt hat.

*

Die Andeutungen, die Staatsminister Oswald in der Versammlung der Bayerischen Volkspartei gemacht hat, beziehen sich darauf, daß ein Staatssekretär in Berlin in amtlichem Auftrage einen Entwurf zu einem deutschen Einheitsstaat ausgearbeitet hat, in dem die Bundesstaaten unter Aufhebung ihrer Regierungen und Landtage unter Gewährung einer Scheinautonomie in Verwaltungsbezirke verwandelt werden, und zwar angeblich auf Verlangen der Entente, um Kosten im Interesse der forst unmöglichen deutschen Reparationszahlungen zu sparen. Wir hier wissen, daß das die Entente keineswegs will. Sollten die deutschen Länder und Stämme sich angesichts solcher Wetterzeichen nicht um das Bayern vorangetragene Bundesbanner scharen wollen?

Dr. Gradnauer amtsmüde?

b. Dresden, 17. September.

In Dresden verlautet aus im allgemeinen gut unterrichteter Quelle, daß für den Posten des sächsischen Gesandten in Berlin, der in absehbarer Zeit zu besetzen ist, weil der jetzige Gesandte, Dr. Koch, bekanntlich als Gesandter des Reiches nach Prag gehen wird, in erster Linie der jetzige Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, der ja früher sächsischer Minister war, in Frage komme. Dr. Gradnauer war früher auch schon in der sächsischen Gesandtschaft in Berlin, als Ministerrat, tätig. Die Entscheidung dürfte noch einige Zeit auf sich warten lassen, es ist auch noch nicht bekannt, ob Dr. Gradnauer das Amt annehmen würde.

Wie der „Tag" von zuverlässiger Seite dazu erfährt, haben allerdings vor einigen Wochen zwischen dem sächsischen Ministerpräsidenten Buck und Minister Gradnauer Besprechungen über die Frage stattgefunden, ob dieser die sächsische Gesandtschaft in Berlin übernehmen wolle. Entschlüsse sind aber in Dresden anscheinend noch nicht gefaßt. Es steht aber fest, daß Dr. Gradnauer einer Berufung zum sächsischen Gesandten durchaus sympathisch gegenüberstehen würde.

*

Es trifft sich eigenartig, daß gleichzeitig mit dem Bekanntwerden der Amtsmüdigkeit Dr. Gradnauers in der französischen Presse der Text einer Unterredung erscheint, die Dr. Gradnauer dem Korrespondenten des „Matin" gewährt hat, dem Anscheine nach, ohne die notwendige Vorsicht zu beobachten. Denn der vom „Matin" veröffentlichte Wortlaut seiner Aeußerungen ist derart tendenziös, entstellend und verletzend, daß man unmöglich annehmen kann, ein noch aktiver Reichsminister habe sich in dieser Weise gegenüber dem Korrespondenten eines Blattes des Feindbundes ausgesprochen. Wie man sich denn auch nicht vorstellen kann, daß der Sozialist Dr. Gradnauer gerade dem Korrespondenten des vielleicht schlimmsten von den kapitalistisch-chauvinistischen Hetzorganen Frankreichs in dieser Weise sein Herz ausgeschüttet habe.

Ueber die Unterredung meldet W. T. B.:

Der Berliner Berichterstatter des „Matin" hatte eine Unterredung mit dem Reichsminister des Innern, Dr. Gradnauer, in der dieser u. a. sagte: Die deutsche Regierung hat sich mit zwei Gefahren zu beschäftigen, der bolschewistischen und der monarchistischen. Der Bolschewismus kann im Reich noch lokale Aufstände und Beunruhigung hervorrufen, es scheint aber, daß er viel von seiner Ansteckungskraft verloren hat. Gegen die monarchistische Gefahr dagegen muß die Regierung sehr wachsam sein. Unglücklicherweise verschaffen die sehr ernsten Schwierigkeiten unserer auswärtigen Lage den Gegnern ein schetzbares Argument. Sie werfen der Berliner Regierung vor, daß sie keinerlei Erfolge auf dem Gebiet der auswärtigen Politik als Aktivum schreiben kann. Briand hat eines Tages erklärt, wenn wir der deutschen Demokratie das Leben zu hart machen, lauern wir Gefahr, auf der anderen Seite des Rheines ein Wiederaufflammen des Nationalismus hervorzurufen. Das ist volle Wahrheit. Ich begreife, daß die zahlreichen monarchistischen Kundgebungen Frankreich beunruhigen; die Agitation, die übrigens vorläufig ist, würde aber bald verschwinden, wenn die Entente nicht auf indirekte Weise so viel Oel ins Feuer gießen würde. Wie oft glaubt es die Frage der Sanktionen der Presse der Rechten, die öffentliche Meinung zu entflammen, nicht nur gegen Frankreich, sondern gegen die Demokratie, der sie Schwäche vorwirft! War das nicht ein Irrtum ihrerseits, nach der Annahme des Ultimatums die Zwangsmaßnahmen aufrecht zu erhalten? Aber die ernsteste und brennendste Frage für Deutschland ist die oberschlesische. Wir stellen zweifelsfrei fest, mit welch' Wucht die deutsche Bevölkerung ohne Unterschied der Klassen die Entscheidung des Völkerbundes erwartet. Wenn diese Provinz, die ihre Entwicklung der deutschen Arbeit und Industrie verdankt, nicht Deutschland gelassen würde, könnten wir einen neuen Aus nach rechts nicht vermeiden. Glücklicherweise sind die Parteien von den Linksradikalen bis zu den Alldeutschen darüber einig, den Bogen nicht allzu straff zu spannen. Ich hatte mit Vertretern der Deutschnationalen Partei eine Unterredung; sie versprachen mir, ihre Preßorgane zur Mäßigung aufzufordern. Die Kommunisten sagten dasselbe. Das sind günstige Anzeichen. Ich neige daher dazu, zu denken, daß wir in eine Zeit politischer Beruhigung kommen werden, die es Deutschland gestatten wird, durch Arbeit sich wieder zu erholen und seinen Verpflichtungen Frankreich gegenüber nachzukommen.

Das Lügengebäude wankt!

Wenn man den Reichskanzler Dr. Wirth reden hört, soll man in den Glauben versetzt werden, daß das Reich sich alle Mühe gebe, die bayerische Krise in versöhnlichem Geiste zu beenden. Wenn man aber die Handlungen der Organe des Reiches beobachtet, dann weiß man, daß der Konflikt mit Bayern durch sie nur noch verschärft werden kann. Wobei es noch dahingestellt bleiben mag, ob die Vertreter der Reichsregierung immer das Bewußtsein der Tragweite ihrer Handlungen haben. Ueber die Entstehung des Konfliktes stand von Anfang an fest, daß er vom Reiche heraufbeschworen war, und daß die bayerische Regierung sich von Anbeginn in Abwehrstellung befand. Bayern hatte die wenigen, ihm noch verbliebenen und durch die Reichsverfassung geschützten Rechte der Verwaltungs- und der Justizhoheit zu verteidigen, die durch das Verlangen nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes und durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August verletzt worden waren. Als die bayerische Regierung ihr gutes Recht wahrte, wurde sie von der Presse der Reichsregierung mit einer solchen Flut von Gehässigkeiten überschüttet, daß nicht mehr zu verkennen war, daß der eigentliche Kampf der Person des Ministerpräsidenten v. Kahr galt. Dieser Mann sollte beseitigt werden, denn er hatte in mehr als eineinhalbjähriger Tätigkeit praktisch erwiesen, daß man auch ohne die Sozialdemokratie regieren könne — bisher galt es in Norddeutschland bei allen links von den Deutschnationalen stehenden Politikern als unerschütterliches Dogma, daß eine Regierung ohne oder gar gegen die Sozialdemokratie nicht möglich und auch nicht zweckmäßig sei — und daß eine Regierung ohne die Sozialdemokratie, und gestützt auf die nationale Rechte, den Staat allmählich wieder festigen und gesunde Zustände im Wirtschaftsleben herbeiführen kann. In der von der Gnade der Sozialdemokratie lebenden Reichsregierung ist man der Ansicht, daß man auch den bayerischen Staat wieder unter das sozialistische Joch wird zwingen können, wenn nur erst der in Bayern außerordentlich volkstümliche Ministerpräsident von Kahr aus der Regierung entfernt sein wird. Um ihn unschädlich zu machen, wird der bayerische Staat von den sozialistischen Organen geradezu als eine Verbrecherorganisation gekennzeichnet, wie vor einem Jahre noch von dem „Horthy-Ungarn" die verlogensten Schilderungen verbreitet wurden. Wenn ein bayerisches Blatt einmal die Reichsregierung unter die kritische Lupe nahm, dann wurde mit mimosenhafter Empfindlichkeit seine Unterdrückung gefordert, wenn aber „Vorwärts" und „Freiheit" dem bayerischen Ministerpräsidenten unterstellen, daß er kein ehrliches Spiel mit dem ihm anvertrauten Amte getrieben habe, oder wenn sie ihn gar als Lügner beschimpfen, dann sieht die Reichsregierung — mit Befriedigung? — ruhig zu und denkt gar nicht daran, diese beiden Blätter zu verbieten. Auch dieser Zustand kann keineswegs dazu beitragen, die Gegensätze mit dem bayerischen Staate auszugleichen. Den schlechtesten Dienst aber hat der Reichskanzler der Sache der Reichseinheit mit der Verlesung des Weismannschen Briefes erwiesen. Aus diesem Briefe, der zweifellos dazu bestimmt war, die Regierungstätigkeit des Ministeriums Kahr noch weiter zu diskreditieren, hat Bayern erfahren müssen, daß ein neuer Fall der Verhöhnung bayerischer Hoheitsrechte vorliegt. Es bedeutet zweifellos eine Verletzung der Reichsverfassung, wenn eine preußische Behörde (der Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit) Kriminalbeamte mit dienstlichem Auftrag auf bayerisches Gebiet entsendet, und es bedeutet eine Illoyalität ganz unerhörter Art, wenn diese Beamten hinter dem Rücken der bayerischen Behörden Untersuchungen vornehmen. Muß Bayern schon dieses formale Vorgehen als schwere Ehrenkränkung empfinden, so muß es in noch viel höherem Grade über die Art der „Feststellungen" dieser Kriminalbeamten empört sein, die in der Nähe von München ein „berüchtigtes Lager" gesehen haben wollen, in dem sich Kapitän Ehrhardt aufhalte, und dem man sich nicht nähern dürfe, weil versteckte Posten die unangenehme Gewohnheit hätten, gegebenen Falles zu schießen; die wissen wollen, daß Ehrhardt noch heute bei dem Justizminister Roth und dem Polizeipräsidenten Pöhner aus- und eingehe, daß auf dem Schlosse des Grafen Herwarth v. Bittenfeld von Zeit zu Zeit gegenrevolutionäre Zusammenkünfte stattfänden, an denen auch der ungarische Reichsverweser Admiral Horthy teilgenommen habe. Nun ist zwar überraschend schnell dieses ganze Lügengewebe zerrissen worden. Es ist festgestellt, daß der Justizminister Roth den Kapitän Ehrhardt garnicht einmal kennt, geschweige denn, daß er mit ihm in Verbindung gestanden hätte, und der Polizeipräsident Pöhner hat erklärt, daß er mit Ehrhardt seit dem 25. Mai vorigen Jahres nicht mehr zusammengekommen sei (dem Tage, an welchem der Haftbefehl gegen Ehrhardt als angeblichem „Kappverbrecher"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109181-19/fragment/page=0001

verlassen worden war) und vorher auch nur deshalb, weil Ehrhardt sich bei dem Münchener Polizeipräsidium, wie bei dem Reichswehrministerium in Berlin, um Unterbringungsmöglichkeiten für die Leute seiner aufgelösten Brigade bemüht hatte, die einst u. a. den „Vorwärts" vor den Spartakisten beschützt hatten, um dann nicht nur existenzlos gemacht, sondern obendrein auch noch beschimpft zu werden. Auch der Admiral Horthy hat durch die königlich ungarische Gesandtschaft in Berlin erklären lassen, daß er seit seiner Reichsverweserschaft, also seit etwa eineinhalb Jahren, ungarisches Staatsgebiet niemals verlassen habe. Und um die Blamage der Reichsregierung vollständig zu machen, wird jetzt auch noch bekannt, daß das „verschanzte Lager" bei München aus einer künstlich angelegten Blockhäuserkolonie besteht, um hier einen in Wild-West-Amerika spielenden Film aufnehmen zu können. So ist in kurzer Zeit dieses neue Lügengewebe zusammengebrochen. Aber man darf sich nicht mit der Genugtuung über diesen ungeheuerlichen Reinfall des Reichskanzlers und der Sozialdemokratie genug sein lassen. Abgesehen davon, daß durch diese Blamage der Reichsregierung das Ansehen des Reiches nach außen einen schweren Schlag erlitten hat, sind durch den neuerlichen Vorstoß des Reichskanzlers die Beziehungen zwischen dem Reich und dem Bayernstaat weiterhin verschlechtert worden, und es sind dabei Zusammenhänge zutagetreten, die unbedingt der Aufklärung bedürfen. Zunächst muß man fragen, welche Organe der Reichsregierung ihre Hand dabei im Spiele hatten, als der preußische Staatskommissar Dr. Weismann preußische Beamte nach Bayern schickte. Sodann ist beachtenswert, daß der Brief Dr. Weismanns an den Reichskanzler vom 14. September datiert ist, also dem Tage unmittelbar vor der Sitzung des Ueberwachungsausschusses, in welcher der Kanzler ihn verlas. Da der Brief neben den genannten Ammenmärchen auch Vorgänge erwähnte, die länger als ein Jahr zurückliegen, ist die Frage am Platze, warum diese Vorgänge der bayerischen Regierung nicht längst schon mitgeteilt worden sind, aus welchem Grunde der Bericht Weismanns an den Kanzler überhaupt und gerade in dem jetzigen Augenblick notwendig geworden ist, und warum der Reichskanzler die Angaben Weismanns, die den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn tragen, nicht erst hat nachprüfen lassen, ehe er eine ganze Staatsregierung vor den Augen der ganzen Welt verächtlich zu machen begann? Man könnte auf den Gedanken kommen, daß der Brief Dr. Weismanns an Dr. Wirth bestellte Arbeit zum Zwecke einer weiteren Verächtlichmachung des Herrn v. Kahr ist, wenn nicht eben bekannt würde, daß Dr. Weismann aufs äußerste darüber empört sei, daß der Reichskanzler diesen als streng vertraulich bezeichneten Brief öffentlich verlesen hat. Wenn letzteres Tatsache sein sollte, und vor allem auch, daß die Empörung Dr. Weismanns echt ist, dann kann man nur immer wieder ausrufen —: Zustände!! Von Rechts wegen müßte dann auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August der Reichskanzler Dr. Wirth wegen „Verächtlichmachung" der Republik — „verboten" werden . . . . .

Schon jetzt läßt sich übersehen, daß der Vorstoß des Dioskurenpaares Wirth-Weismann die Stellung des Ministerpräsidenten von Kahr wesentlich gefestigt hat. Vielleicht zeitigt dieser Vorstoß, wie der ganze Lügenfeldzug gegen das Bayern der nationalen Ordnungsregierung, am Ende doch noch Gutes. Und nicht nur für Bayern. h. b.

Kanzler und Staatskommissar

Folgende erstaunliche Mitteilung entnehmen wir dem „Tag":

„Wie wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren, hat Staatskommissar Dr. Weismann den Brief, den der Reichskanzler gestern im Ueberwachungsausschuß verlesen hat, als streng vertraulich übergeben. Wenn Dr. Wirth diesen Brief gestern doch der Oeffentlichkeit übergab, so hat er sich damit nicht an die Vertraulichkeit gehalten. Soweit wir unterrichtet sind, ist Staatskommissar Dr. Weismann auf das äußerste empört über diesen Vertrauensbruch."

Man wird hiernach wohl ein Recht haben, dem „Tag" beizupflichten, wenn er dazu bemerkt:

„Es ist bedauerlich, aber es muß festgestellt werden: Zwischen dem Kabinett Wirth und der bayerischen Regierung herrscht Krieg, der zuerst versteckt und jetzt von dem Berliner Kabinett öffentlich geführt wird. Das Vertrauen, das wohl allgemein für selbstverständlich gehalten worden ist, existiert zwischen Berlin und München seit langem nicht, ja, es kann kaum noch von Korrektheit der Beziehungen gesprochen werden. Es wird sich ja bald zeigen müssen, ob Herr Dr. Wirth sich von seinem Temperament und von seinen sozialistischen Koalitionsfreunden hat zu weit treiben lassen. Daß er als Kanzler, und als führender Politiker überhaupt, für die Zukunft unmöglich wäre, wenn er seine Enthüllungen nicht beweisen könnte, scheint uns selbstverständlich."

Der Bericht Weismanns

b. Berlin, 17. September.

Heute mittag 1 Uhr begann die Sitzung des Preußischen Staatsministeriums über die bayerische Angelegenheit und jenem damit zusammenhängenden Bericht des Staatskommissars Weismann, den der Reichskanzler in der letzten Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstags zur Verlesung gebracht hatte. Außer dem Minister Stegerwald nahmen die Minister Warmbold, Gassisch, Becker und am Zehnhof an der Sitzung teil, während die von Berlin abwesenden Minister Fischbeck und Dominicus Vertreter entsandt hatten. Auch Staatskommissar Weismann wohnte den Beratungen bei.

Die Sitzung begann mit einem Vortrag des Staatskommissars Weismann über seine Auffassung der Lage in Bayern, den von ihm abgefaßten Bericht und das Material, das ihm die Unterlagen dazu gegeben hat.

Der Terror in den Leuna-Werken

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Unterausschusses stellt Abg. v. Lindeiner (Dnt.) fest, daß das Ergebnis der sämtlichen Nachsuchungen nur 7 Gewehre waren, die in der leerstehenden Wohnung eines Bankbeamten gefunden worden. Für die Vorbereitung eines Rechtsputsches hat der Zeuge keine greifbaren Unterlagen bekommen. Damit ist seine Vernehmung beendet.

Es folgt die Vernehmung des ehemaligen Betriebsrats Bernhard Rönen von Leunawerk. Zeuge gibt an, die Diebstähle auf dem Leunawerk hätten sich in letzter Zeit vor dem Aufruf nicht sichtlich vermehrt.

Abg. Neumann-Oppelsa (Ztr.): Hat der Betriebsrat sich gegen die Diebstähle gewandt? — Zeuge: Formell haben wir diese Diebstähle verurteilt. Wir mitteldeutsche Arbeiter, die ehrlich nur achtstündige Arbeitszeit haben, tatsächlich aber 14 Stunden, dazu unterwegs sein müssen, stehen auf dem Standpunkt, daß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich vollkommen verändert hat, und daß auch die Arbeitgeber kein Sonderrecht haben, größere Schiebereien mußten auf allen Seiten unterbleiben.

Abg. Dr. Kaufhold: Sie waren nach den Märzunruhen wieder im Werk tätig, wie lange? — Zeuge: 3 Wochen. Ausgeschieden bin ich am 1. Juli. — Abg. Dr. Kaufhold: Aus privaten Gründen? — Zeuge: Ich bin aus politischen Gründen entlassen worden, weil ich als Delegierter des mitteldeutschen Bezirks an den Verhandlungen in Wockau teilgenommen habe.

Abg. Dr. Liebknecht: Es fanden am 9. und 12. März Betriebsräteversammlungen statt. Wäre es möglich gewesen, in dieser Zeit einen derartigen Eindruck auf die Arbeitnehmerschaft zu machen, daß die Diebstähle unterblieben? — Zeuge: In drei Tagen ist es unmöglich angesichts der Zusammensetzung der Arbeiterschaft aus sächsischen Arbeitern des Leunawerks und der fluktuierenden Arbeiterschaft der Baustellen. Auf Befragen über die Zustände an den Ausgängen zum Bahnhof bekundet Zeuge, gegen 5 Uhr nachmittags mußten 10 bis 12 000 Menschen in einer Zeit von 20 Minuten über einen verhältnismäßig kleinen Platz das Grundstück verlassen. Der Betriebsrat sei wiederholt dafür eingetreten, mehr Bahnzugänge zu schaffen. Jeder Zugang mußte pro Sekunde von einem Arbeiter passiert werden. Dadurch war bei dem Vorwärtsdrängen ein Zusammenstoß wohl möglich. Ich gebe auch zu, daß einige Burschen vorhanden gewesen sein können bei den 20 000 Arbeitern, die sich rüpelhaft benehmen wollten. Innerhalb kurzer Zeit waren 3 bis 4 Züge füllig. Jeder suchte, den ersten Zug zu erreichen, weil er sonst Gefahr lief, in Weißenfels oder Halle seinen Anschluß zu versäumen. So war immer der Druck von hinten vorhanden. Der Direktion war wiederholt Mitteilung von diesen Zuständen gemacht worden.

Zur Frage des Terrors sagte Zeuge aus, das Verhalten der Arbeiterschaft sei kein anderes gewesen als das von Gewerkschaftlern und den sozialdemokratischen Organisationen von jeher angewendete. Wir haben es als unser Recht in Anspruch genommen, wo die Mehrzahl Organisierte waren, einen gewissen Zwang auf die anderen auszuüben, um sie in unsere Organisation hineinzubringen, weil sie sonst ein Hemmschuh für unsere Bewegung darstellen würden. Die Arbeiterschaft sollte diese Elemente erziehen. Dies als Terror zu bezeichnen, ist falsch. Der erste Terror, der im Leuna-Werk vorgekommen ist, war die Artilleriebeschießung am 1. Osterfeiertag, durch die das Werk stillgelegt wurde.

Vors.: Das gehört nicht zur Zeugenaussage. War eine illegale Nebenregierung im Werk? — Zeuge: Ich habe es nie so aufgefaßt. — Abg. Killan: Wie war es mit den „Kampfmarken"? Dienten sie militärischen Zwecken? — Zeuge: Nein, das ist Unsinn, es war eine Quittung für die in Leverkusen in Streik stehenden Arbeiter. — Abg. Christiange (U. Soz.): Wie hat sich Kempien betätigt? — Zeuge: Nach Ansicht des Betriebsrats lag seine Betätigung nicht im Interesse unserer Bewegung. Er war vielleicht guten Willens, machte aber mitunter den Eindruck eines Agent provocateur, wie sie in jeder Arbeiterbewegung in die Erscheinung treten, das sind Leute, denen es nicht schnell genug geht und leicht in verkehrtes Fahrwasser geraten.

Auf weiteres Befragen durch den Vorsitzenden sagt Zeuge, als die Schutzpolizei zur Besetzung Mitteldeutschlands aufgerufen worden sei, habe man die gesamte Arbeiterschaft, nicht nur die kommunistische, aufgefordert, sich dagegen zu wehren. Wir fragten uns: wollen wir uns willenlos dem Militär fügen oder nicht? Inzwischen war ein Aktionsausschuß wieder gewählt, in dem die KPD. und KAPD., wenn auch nicht gleichmäßig, vertreten war. Diesem gehörte Kempien an. Der Betriebsrat hat während der Belagerungszeit in enger Fühlung mit dem Aktionsausschuß gestanden. Die Betriebsleiter sollen in ihrer Funktion bleiben, um für die Notstandsarbeiten zu sorgen. Daniel war ein Gegner des Streiks, er hatte in letzterer Zeit kaum noch nach außen politische Beziehungen, er betrachtete die Aktion für verloren, weil die KAPD. im Aktionsausschuß war.

Vorsitzender: Ist es richtig, daß zur Herbeiführung des Generalstreikbeschlusses Abgesandte aus Halle gekommen sind? — Zeuge: Das ist möglich. — Vorsitzender: Es ist auffällig, daß Sie als Vorsitzender des Betriebsrates bei diesen Beratungen nicht zugegen waren. Wollen Sie sich äußern? Sie können die Aussage verweigern. — Zeuge: Angesichts der ganzen Stimmung konnten wir die Belegschaft nicht in ein anderes Fahrwasser bringen. Es war taktisch klüger, in dem Augenblick nicht hinzugehen, sondern erst zwei Tage später, wenn ich einen größeren Einfluß auf den Aktionsausschuß ausüben könnte. Vorsitzender: Nach dieser Versammlung ist ein Waffenvorrat, der unten im Fußboden in der Turnhalle gelegen hatte, verteilt worden.

Zeuge: Das ist mir von der Werksleitung mitgeteilt worden. Ich habe davon nichts gewußt. Ein Maschinengewehr habe ich nicht gesehen, wenn auch davon gesprochen worden ist. An der Organisierung des Kampfes war ich nicht beteiligt, über Art und Uebung von Formationen weiß ich nichts. Die Mannschaften lagen zusammen und wurden gemeinsam verpflegt.

Damit ist diese Vernehmung beendet.

Nächste Sitzung: Montag, den 26. September, nachmittags 1 Uhr. Vernehmung von Zeugen über die Zustände und Vorkommnisse in Eisleben und Mansfeld.

Eine französische Militärkapelle spielt das Flaggenlied

In Saarlouis ist am 15. August bei einem Promenadenkonzert, das von einer eigens dorthin gesandten Militärkapelle gegeben wurde, den Franzosen ein sicher nicht beabsichtigtes Malheur passiert bei dem Versuche, deutsche Musik nachzuahmen. U. a. spielte nämlich die Kapelle das deutsche Flaggenlied: Stolz weht die Fahne schwarz-weiß-rot! Man darf mit Bestimmtheit annehmen, daß dem französischen Kapellmeister der Text dieses Marsches nicht bekannt war, zumal wenn man weiß, wie strenge die Franzosen das Verbot des Singens und Spielens deutscher patriotischer Lieder und des Flaggens mit schwarz-weiß-roten Fahnen handhaben.

Neue Druckschriften verboten, 145 Ausweisungen

Mainz, 17. September.

Nach dem „Echo du Rhin" hat die Rheinlandkommission für drei Monate den „Kladderadatsch" und die Zeitschrift „Internationale Jugend" im besetzten Gebiete verboten und sich ferner vorbehalten, diejenigen Publikationsorgane endgültig aus dem besetzten Gebiete auszuschließen, die bereits zweimal verboten waren und diese Verwarnung nicht beachtet haben. In der Zeit vom 15. September wurden 145 Ausweisungen aus dem besetzten Rheinland verfügt, hauptsächlich gegen Deutsche.

Rose Ferron

36] Roman von Liesbet Dill, Halle a. S.

(Nachdruck verboten.)

Im Ballsaal unter dem lichterstrahlenden Kronleuchter kam er ihr über das glatte Parkett entgegen, eine Begrüßungsphrase auf den Lippen, aber irgend etwas, das sie umschwebte, das in ihrer Haltung lag, frappierte ihn, er dachte nur . . . „Gratuliere, Malzahn . . ."

Er hatte allerlei von Frau von Malzahn gehört, sie hatte leidenschaftliche Freunde und ebensolche Feinde; man konnte ihr gegenüber nicht gleichgültig bleiben, man entschied sich sogleich . . . im ersten Augenblick meist.

Er hatte sich entschieden. Rose wußte es. Sie erlebte alles wie eine Komödie, der man zerstreut zusieht. Was hatte sie mit dem Prinzen gesprochen? Nichts . . . Sie wußte kein Wort mehr, was er gesagt, nur seinen Blick hatte sie mitgenommen, als sie die Gesellschaft, die wie ein bunter Traum an ihr vorüberzog, verließ, am Arm Malzahns. Der Prinz stand neben einem roten Diwan, ordensstrahlend in seiner weißen Dragoneruniform, und schaute ihr nach.

Es gibt Blicke, die körperlich wirken, verletzen, auskleiden. Und es gibt solche, die sich wie eine Sehnsuchtsbewegung, wie ein Arm um uns legen, uns an sich ziehen, verstricken, festhalten.

Rose behielt ein dumpfes Gefühl der Scham davon zurück. Als sie im Wagen saß, fühlte sie plötzlich, während sie ihre Blumen von der Taille abnahm, deren starken Duft sie nicht vertrug, das Medaillon, das Bild. Das Bild sprach mit ihr . . . Sie wollte es wegwerfen, vernichten, aber als sie es in der Hand hielt, konnte sie es nicht. „Ich bin mit diesem Bild verwachsen, es gehört zu mir", dachte sie.

Das Medaillon enthielt noch anderes, ein kleines Bild von Malzahn, auf seinem letzten Pferd, Hannibal, als er eine Hürde nahm, und eine goldene Haarsträhne von dem kleinen Jobst. Aber es war, als ob alles andere von diesem Gift vernichtet war.

Malzahn sprach oft von dem Prinzen Franz Eugen, sie hatte nur nicht darauf geachtet. Er war ihr so fern, so gleichgültig, dieser süddeutsche Prinz, mit dem Malzahn einst gefochten, geritten und gejagt hatte; es war langweilig, von Leuten erzählen zu hören, die man nicht kannte.

„Ein reizender Kerl", sagte Malzahn, „ich habe immer gewünscht, er käme mal hierher." Nun war er da und wohnte mit seiner jungen Frau drinnen in der Festung, und führte ein Regiment Dragoner. — Ein junger Kommandeur! Seine Abkunft hatte ihn zehn Jahre zu früh dazu gemacht.

„Er ist ein schlechter Soldat, ein glänzender Reiter und ein Draufgänger", sagte Malzahn, „wie ich. Jetzt sind uns beiden die Schwingen leider gestutzt", — sagte er lachend zu Rose, die vor dem Spiele stand und den Schmuck ablegte. Sie war sehr blaß und es zitterte etwas wie Nervosität über ihr. Als er zu ihr trat und ihren Kopf zurückbog, wich sie etwas zurück: „Laß das, Malz, sei vernünftig. Du zerdrückst mir die Spitzen . . . und die Rosen . . ."

Um ihre Rosen hatte sie immer Angst.

Aber sie war zu schön heute. Und er riß sie in seine Arme, daß das kleine Bild an ihrer Brust zerbrach. Er wußte nicht, daß sie sich ihm nur gab, weil sie sich vor sich selber fürchtete, vor dem Alleinsein mit sich und dem Traum.

* * *

Ein nervenaufreibender Kampf hatte eingesetzt. Stumm und unsicher erst, der nur aus Blicken bestand.

Sie befand sich wie in einem Bann.

Es war über sie gekommen wie Taumel, ein qualvolles Ringen mit etwas, das sie zu überwinden versuchte. Es umgab sie immer, sie spürte die Wirkungen dieser Blicke oft noch tagelang . . .

Sie hatten sich auf eine Freundschaft geeinigt, an die sie beide nicht glaubten . . . Sie wußten sich beobachtet, von vielen Blicken, schadenfrohen, lachenden, grausamen und abwartenden, fühlten, wie man sie aus dem Hinterhalt bewachte. Es war unmöglich, daß ihre Freundschaft unbekannt blieb, obwohl es eigentlich nichts weiter zu sagen gab, als daß der Prinz, vielmehr das prinzliche Paar und Malzahns sehr oft zusammenkamen, ausritten und ausfuhren, und daß dann gewöhnlich die Prinzessin mit Malzahn voranritt und der Prinz mit Rose hinterher.

Es war selbstverständlich, daß sie so ausritten, aber man lächelte doch. Man hatte ja nur darauf gewartet. Wußte Malzahn etwas, ahnte er etwas?

Rose glaubte nein, denn er war genau so zu ihr wie immer, aber die Prinzessin argwöhnte ihr, das fühlte sie, schon aus dem kurzen, kühlen Drucke ihrer kleinen Hand, aus der Bewegung ihres Kopfes, wenn sie sie begrüßte. Sie hatte ihr gegenüber etwas Abweisendes, Kritisches, und das machte sie häßlich.

Es war etwas so Spontanes, so Gewaltiges und Erschütterndes, daß Rose tagelang keinen anderen Gedanken mehr hatte, wie den, ein Ende zu machen: Noch einmal eine Schuld auf sich laden? Nein . . .

Die Prinzessin war eine mittelgroße Blondine, die sich sehr schlecht hielt, mit sehr schönen Schultern und einem blendend weißen Nacken. Sie war sehr kurzsichtig, benutzte beständig das Lorgnon und hatte eine gelassene Sprechweise. Sie sprach schleppend, wie jemand, der zu müde ist, sich anzustrengen. Sie war ungern aus der süddeutschen Residenz hergekommen. Hier war ihr alles fremd, Klima, Menschen und das Land. Sie sprach am liebsten von ihren Kindern und interessierte sich für Kindererziehung und diese berührende Fragen. Sie trat Rose mit sichtlicher Zurückhaltung entgegen, was von den übrigen Damen mit Genugtuung bemerkt wurde. Die Prinzessin war vorurteilsfrei und zu der jüngsten Leutnantsfrau ebenso liebenswürdig wie zu einer Hofdame, Frauen wie Rose waren ihr unleidlich.

Es gibt Ahnungen, auch einfache Naturen haben sie. Es war fast unmöglich, dieser Frau gegenüber gleichgültig zu bleiben. Sie sondierte bei ihrem Gatten. Er antwortete ihr gleichgültig und einsilbig, aber seine Zerstreutheit fiel ihr auf.

Es bestand zwischen ihnen längst nicht mehr das, was man ein eheliches Verhältnis nennt, und sie wußte, daß er jetzt seine eigenen Wege ging. Aber er tat es mit Delikatesse und Takt. Sie hatte sich niemals zu beklagen, außer über eine gewisse Kälte, die zwischen Ehegatten dann eintritt, wenn die Liebe erloschen ist.

Sie lebte für ihre zwei Söhne, die sie sehr einfach und sorgsam erzog. Mit dem anderen hatte sie sich abgefunden.

Es entging ihr nicht, daß ihr Mann sich seit dieser Begegnung mit Frau von Malzahn veränderte. Die anderen sahen zu.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109181-19/fragment/page=0002

Aus Mitteldeutschland

Gedenktage für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

vom 18. bis 24. September.

18. September 1869 * Stendal Prof. Dr. phil. Gustav Salhom, 1899—1911 Oberlehrer a. Stadtgymn. Halle († daselbst 11. 12. 1911).

19. September 1781 * Berlin Dr. phil. Ludwig Gottfried Blanc, 1806 Prediger bei der französischen Gemeinde in Halle, 1809 Domprediger der vereinigten reformierten Gemeinde und 1822—65 a. o. und o. Prof. d. romanischen Philologie a. d. Univ. Halle († daselbst 18. 4. 1866). — **1850** * Berlin Generalsuperintendent Dr. theol. h. c. Justus Jacobi in Magdeburg — **1864** * Berlin Geh. Justizrat Dr. jur., Dr. phil. h. c. Rudolf Hübner, o. Prof. d. deutschen Rechts, Handelsrechts u. Kirchenrechts a. d. Univ. Halle.

20. September 1860 * Frankfurt am Main Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Richard Fester, o. Prof. d. mittleren u. neueren Geschichte a. d. Univ. Halle. — **1886** * Cecilie, Kronprinzessin des Deutschen Reiches und Kronprinzessin von Preußen, geborene Herzogin von Mecklenburg-Schwerin.

21. September 1835 * Würzburg Geh. Med.-Rat Dr. med. Karl Eberth, 1881—95 o. Prof. d. Histologie u. vergleichenden Anatomie und 1895—1911 der Pathologie u. pathologischen Anatomie a. d. Univ. Halle, 1895/96 deren Rektor.

22. September 1699 * Merseburg Heinrich Karl v. Tümpling auf Blösien. — **1741** † Carl Melchior v. Bose, Stifts- u. Konsistorialrat in Merseburg, Domherr u. Senior des Hochstifts Merseburg.

23. September 1728 † Halle Christian Thomasius (eigentlich Thomas), 1691—1728 o. Prof. d. Rechte a. d. Univ. Halle, 1708/09 deren Prorektor (* 1. 1. 1655 Leipzig). — **1852** * Hamburg Geh. Reg.-Rat Dr. phil. Philipp Strauch, 1898 bis 1921 a. o. und o. Prof. d. deutschen Sprache u. Literatur a. d. Univ. Halle, 1912/13 deren Rektor. — **1905** † Halle Prof. Dr. med. Karl Grunert, 1896—1905 Privatdozent f. Ohrenheilkunde a. d. Univ. Halle (* 12. 1. 1867 Berga am Kyffhäuser). — **1915** * Halle Geh. Med.-Rat Dr. med. Hermann Schmidt-Rimpler, 1901—15 o. Prof. d. Augenheilkunde a. d. Univ. Halle, 1905/06 deren Rektor (* 30. 12. 1838 Berlin).

24. September 1856 * Hildburghausen Dr. phil. Otto Knopf, a. o. Prof. d. Aktronomie a. d. Univ. Jena — **1861** * Zerbst Obermedizinalrat Dr. phil. Richard Edelmann, Landestierarzt u. Prof. a. d. Tierärztl. Hochschule Dresden. — **1861** * Helmstedt Geh. Hofrat Dr. phil. Robert Fricke, Prof. d. Mathematik a. d. Techn. Hochschule Braunschweig. — **1870** * Halle Geh. Med.-Rat Dr. med. Willi Anschütz, o. Prof. d. Chirurgie a. d. Univ. Kiel. — **1913** † Halle Dr. phi. Simon v. Nathusius, 1910—13 a. Prof. d. Landwirtschaft a. d. Univ. Halle, 1902—10 a. o. Prof. in Jena (* 24. 2. 1865 Althaldensleben).

Salvarsanschieber

Naumburg, 17. September.

Im Hotel „Bayrischer Hof" wurden am Mittwoch für etwa 8000 Mark Salvarsan und andere gefährliche Gifte beschlagnahmt und der Aufseher, ein Weißenfelser, festgenommen. Bei ihm wurden weiter für 1600 Mark Gifte vorgefunden und gleichfalls mit Beschlag belegt. Auch eine Anzahl beteiligter Naumburger wurde ermittelt und drei davon in Gerichtsgefängnis gesetzt, weil sie Gifte, die dem freien Verkehr entzogen sind, zu Schleichhandelspreisen verkauft und in Verkehr gebracht hatten. — Im „Bayrischen Hof" wurde ferner ein silbernes Aerztebesteck im Werte von 12—15 000 Mark beschlagnahmt, das, aus Heeresbeständen herrührend, hier für 8—9000 Mark verkauft werden sollte.

Das bestohlene Finanzamt

Rudolstadt, 17. September.

In der Nacht zum Mittwoch wurde hier in den unteren Kassenräumen des Finanzamts eingebrochen. Der Geldschrank ist an mehreren Stellen angemeißelt und schwer beschädigt. Bares Geld ist den Dieben nicht in die Hände gefallen, es wurde nur eine geringe Menge Wertpapiere entwendet, die sofort gesperrt worden sind. Ueber die Person der Diebe steht noch nichts fest. Jedenfalls handelt es sich um gewerbsmäßige Einbrecher.

g. **Lochau**, 16. Sept. (Als Schulverbandsvorsteher) des Schulverbandes Lochau-Wesenitz ist der derzeitige erste Lehrer Herr Barkowsky von zuständiger Stelle bestellt worden und als Stellvertreter verbleibt der bisherige Herr Gemeindevorsteher Steffen in Wesenitz.

g. **Burgliebenau**, 11. Sept. (Kartoffeldiebstähle.) Die Felddiebstähle mehren sich auf den Feldgrundstücken im Auengelände in bedenklicher Weise. Namentlich auf Futterartikel, Rüben und Kartoffeln, haben es die Langfinger abgesehen, wobei die mondscheinhellen Nächte das unsaubere Handwerk begünstigen; denn in einer der letzten Nächte wurden einem Besitzer auf dem Katzenberge Kartoffeln in nicht unbedeutenden Mengen gestohlen, so daß bei der Ausführung mehrere Personen beteiligt gewesen sein müssen. Leider ist es nicht gelungen, die Täter abzufassen, doch sind zu ihrer Ermittelung energische Maßnahmen ergriffen worden.

n. **Weißenfels**, 17. Sept. (Kartoffelspende.) Der Kreisbauernverein beschloß, zur Erleichterung der Notlage der Ortsarmen, Rentenempfänger usw. des Kreises 5000 Zentner Kartoffeln kostenlos zur Verfügung zu stellen. Der Kreisausschuß will außerdem beim Kreistage den Antrag stellen, zu besagtem Zwecke ebenfalls namhafte Mittel zu bewilligen.

— **Roßlau**, 16. Sept. (Mit dem Tode gesühnt.) Im Gangerischen Lokale feierte gestern die Ehefrau des Kesselmeisters Wilhelm Silbermann mit ihrem Manne und einigen Freunden ihren Geburtstag. Unter den Teilnehmern befand sich auch der 26jährige Maschinenschlosser Karl Schneider, ein guter Freund Silbermanns. Während die andern zechten, soll Schneider mit Frau Silbermann im Hausflur angebändelt haben. Silbermann überraschte beide, und es kam zu einer Auseinandersetzung, die in Tätlichkeiten ausartete. In höchster Erregung drückte Silbermann seinem Freunde Schneider eine Armeepistole in die Hand mit der Bemerkung: „Du hast mein Eheglück zerstört und wirst wissen, was du nun zu tun hast!" Darauf entfernten sich beide. Heute früh wurde die Leiche Schneiders auf dem städtischen Ausladeplatz an der Elbe gefunden. Er hatte sich durch einen Schuß in die Schläfe getötet. Neben der Leiche lag Silbermanns Armeepistole. Die Polizei hat Silbermann bis zur völligen Aufklärung der Tat in Haft genommen.

— **Gera** (Reuß), 16. Sept. (Unglücksfall mit Todesfolge.) Eine ältere, hier auf Besuch weilende Frauensperson stürzte rücklings an der Ecke des Johannisplatzes und Johannisstraße unter einen von der dortigen Haltestelle sich langsam in Bewegung setzenden Straßenbahnwagen. Sie geriet unter den Vorderteil des Wagens, wurde von diesem etwa ½ bis 1 Meter geschleift und konnte nach wenigen Minuten nur als Leiche aus ihrer Lage befreit werden.

tk. **Weimar**, 17. Sept. (Großfeuer) vernichtete in Sachsenhausen den größten Teil des Anwesens der Witwe Hitzbach. Beim Dreschen entstprang plötzlich der Maschine Feuer, das sofort zündete und die reichlichen Vorräte in der Scheune, diese selbst sowie die angrenzenden Gebäude mit Inhalt vernichtete. Zum Glück setzte der Wind nicht ein, so daß wenigstens der gegenüberliegende Teil der Gebäude, wenn auch schwer beschädigt, erhalten bleiben konnte.

„H.Z." Sportberichte

Erstes großes Mitteldeutsches Schüler-Turn- und Sportfest

Gestern nachmittag nahm das von der Latina der Franckeschen Stiftungen in großzügiger Weise vorbereitete erste große Mitteldeutsche Schüler-Turn- und Sportfest seinen Anfang. Daß man dem Sportfest allseitig großes Interesse entgegengebracht hat, bewies die überaus große Zahl von Teilnehmern: 600 Schüler von 50 höheren Schulen von Halle sowie den übrigen Städten der Provinz Sachsen und Thüringens. Schon zu den Vorkämpfen, die gestern nachmittag auf dem Sportplatz der Franckeschen Stiftungen begannen, hatte sich außer den Direktoren und Lehrern der Schulen ein zahlreiches Publikum eingefunden, das mit großem Interesse und voller Begeisterung für die Ertüchtigung unserer Jugend die Wettkämpfe verfolgte. Die Wettkämpfer waren mit Eifer und Liebe bei der Sache; ein jeder setzte seine ganze Kraft ein, um bei den heute nachmittag stattfindenden Endkämpfen in die Entscheidung zu kommen und einen Ehrenpreis mit nach Hause zu nehmen. Leider wird dies vielen bei der großen Zahl der Teilnehmenden nicht vergönnt sein.

Wir geben im Nachstehenden die Ergebnisse der Vorkämpfe wieder. Die genannten Sieger kommen heute für die Endkämpfe in Frage.

50-Meter-Lauf (3. Klasse): 1. Foelsch (Realprogymnasium i. E. Tangermünde), 2. Röhr (König-Wilhelms-Gymnasium Magdeburg), 3. Lehmann II (Domgymnasium Magdeburg), 4. Storch (Städt. Reform-Realgymnasium Ilmenau), 5. Griep (Bismarckschule Magdeburg), 6. Feuerherdt (Bismarckschule Magdeburg).

4 mal 100-Meter-Lauf (1. Klasse): 1. Regensburger (Realgymnasium Eisenach), 2. Damm (Seminar Merseburg), 3. Groth (Stadt-Gymnasium Mühlhausen i. Th.), 4. Kiene (Realgymnasium Eisenach), 5. Storz (Reform-Realgymnasium Halle), 6. Carnarius (Seminar Sondershausen), 7. Hartung (Realgymnasium Nordhausen), 8. Ritter (Herzog-Ernst-Seminar Gotha).

100-Meter-Lauf (2. Klasse): 1. Kurzhals (Reform-Realgymnasium Halle), 2. Peters (Reform-Realgymnasium i. E. Gardelegen), 3. Baumann (Oberrealschule Mühlhausen i. Th.), 4. Schige (Bismarckschule Magdeburg), 5. Schmidt (Städt. Oberrealschule Erfurt), 6. Meineke (Oberrealschule Quedlinburg).

4 mal 100-Meter-Staffel (1. Klasse): 1. Reformgymnasium Halle, 2. Bismarckschule Magdeburg, 3. Seminar Weißenfels, 4. Seminar Gotha.

4 mal 100-Meter-Staffel (2. Klasse): 1. Reformgymnasium Halle, 2. König-Wilhelm-Gymnasium Magdeburg, 3. Latina Halle.

Schwedenstaffel: 1. Realgymnasium Eisenach, 2. Reformrealgymnasium Halle, 3. Seminar Merseburg, 4. König-Wilhelm-Gymnasium Magdeburg, 5. Seminar Delitzsch, 6. Seminar Gotha.

Heute vormittag werden die Vorkämpfe fortgesetzt, während der Nachmittag die entscheidenden Kämpfe bringen wird. Hoffentlich bleibt das Wetter so günstig, damit die ganze Veranstaltung programmäßig zu Ende geführt werden kann.

Rennen zu Leipzig

(Eigener Drahtbericht der „H. Z.")

1. Preis von Thonberg. 1. Bitznau, 2. Centrifugal, 3. Tubarose. Tot.: 82, Pl. 11, 11, 12. Ferner liefen: Fredegunde, Fröhliche Lust, Leonidas, Maritta. — 2. **Preis von Zschocher.** 1. Verdi, 2. Magnare, 3. Hammerfest. Tot.: 109, Pl. 41, 23. Ferner liefen: Hartenstein, Kotik, Lenz. — 3. **Franz-Kind-Ausgleich.** 1. Enver, 2. Lotse, 3. Oberfeldherr. Tot.: 84, Pl. 14, 19, 14. Ferner liefen: Dragoman, Filou, Hütteger, Rock. — 4. **Leipziger Stiftungspreis.** 1. Hausfreund, 2. Immergrün, 3. Gimpel. Tot.: 26, Pl. 16, 17. Ferner lief Gardenia. — 5. **Preis von Mockau.** 1. Wirbel, 2. Serapis, 3. Quädigeist. Tot.: 20, Pl. 11, 11, 13. Ferner liefen: Federnelke, Pristina, Stalbe, Tartarin von Tarascon, Westerwald. — 6. **Wilhelm-Seyfferth-Rennen.** 1. Luftibus, 2. Palme, 3. Widerhall. Tot.: 17, Pl. 11, 11. Ferner lief Silberkugel. — 7. **Entrischer Ausgleich.** 1. Landtreicher, 2. Berliner, 3. Schicksal. Tot.: 18, Pl. 11, 12. Ferner liefen: Appold, Saloniki.

Rennen zu Hamburg-Großborstel

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

1. Jugend-Hürdenrennen. 1. Hellseher, 2. Zenobia, 3. Nonaiua. Tot.: 10, Pl. 10, 12. Ferner lief Lethe. — 2. **Sankt Georg-Jagdrennen.** 1. Philomele, 2. Charleys Cousin. — 3. **Tarpenbek-Hürdenrennen.** 1. Strymon, 2. Mittelstraße, 3. Atiella und Rautendelein. Tot.: 30, Pl. 17, 20. Ferner lief Kormoran. — **Borsteler Jagdrennen.** 1. Feierabend, 2. Glatuß, 3. Zorah. Tot.: 12. — 5. **Jungfernstieg-Jagdrennen.** 1. Algebra, 2. Agamemnon, 3. Ranat. Tot.: 21, Pl. 12, 12. Ferner lief Fips. — 6. **Dickenhörn-Rennen.** 1. Romberg, 2. Wasservogel, 3. Ortrud. Tot.: 16, Pl. 18. 16. Ferner liefen: Galilei, Talisman. — 7. **Wittenkamp-Jagdrennen.** 1. Flucht, 2. Inka, 3. Pflicht. Tot.: 15, Pl. 10, 10. Ferner lief Caracalla.

Unsere Voraussagen

Leipzig. 1. Rennen: Centrifugal — Drachme. 2. Rennen: Sennerin — Nordsee. 3. Rennen: Perseus — Luftibus. 4. Rennen: Geiser — Dardanos. 5. Rennen: Kotik — Jogull. 6. Rennen: Salamanka — Matravirag. 7. Rennen: Magelone — Rih.

Volkswirtschaft

Wochenbericht vom Deutschen Metallhandel

Aktiengesellschaft Berlin-Oberschöneweide.

Die Aufwärtsbewegung der fremden Devisen setzte sich in der heute zu Ende gehenden Berichtswoche in unverändert starkem Maße fort und zeitigte auf dem Metallmarkt eine weitere wesentliche Heraufsetzung sämtlicher Preise.

Angesichts dieser Tatsache kaufte auch der Konsum nach wie vor in größerem Maße, so daß das Geschäft weiter außerordentlich lebhaft gewesen ist. Auch heute macht sich wieder am Ende der Woche eine kleinere Zurückhaltung bemerkbar, doch bleibt die Grundtendenz des Marktes nach wie vor ausgesprochen fest.

Auch der Altmetall-Markt verkehrte wieder in sehr fester Haltung. Der Konsum kaufte, wie in Neu-Metallen, größere Quantitäten und deckte sich für seinen Bedarf weiter ein.

Für den Konsum gelten zurzeit folgende Preise je 1 Kg.: Elektrolytkupferkathoden September 29—28,50 M., Oktober 28,75—28,25 M.; Raffinadekupfer September 26,75—26,25 M., Oktober 26,50—26 M.; Hüttenweichblei prompt 10,25—0,75 M., Hüttenzinkblock, Marke Zink RR, 10,25—0,75 M.; Feinzink, Marke Zero, 99,9proz., 11,50—11,25 M.; Bankazinn 65—64,50 M.; Straitszinn 64,50—64 M.; Antimon 10,25—10 M.

* **f. Metallindustrie Schönebeck, A.-G. in Schönebeck.** (Eigener Drahtbericht.) In der Generalversammlung wurde die Dividende auf 25 Prozent für die alten, 16⅔ Prozent für die jungen und 12½ Prozent für die jüngsten Aktien festgesetzt. Der Auftragsbestand ist gegenwärtig höher wie im Vorjahr. Die Aussichten sind befriedigend.

* **f. Terra. A.-G. für Samenzucht in Aschersleben.** (Eigener Drahtbericht.) Die Generalversammlung genehmigte den Abschluß für 1920/21 und setzte die Dividende auf 7 Proz. für die Vorzugsaktien und wieder 15 Proz. sowie 150 M. Bonus für die Stammaktien fest. Ferner wurde die Erhöhung des Grundkapitals auf 5 Millionen durch Ausgabe von 2400 auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je 1000 M. beschlossen. Der Beschäftigungsstand ist zufriedenstellend.

* **Elbschiffahrt.** Am 16. September trafen die Kähne Nr. 4 und 11 in Aken ein.

* **Schiffsverkehr auf der Saale.** Mitgeteilt von der Rederei der Saale-Schiffer, Akt.-Ges., Halle a. S. Angekommen am 16. September: Kahn Nr. 608, Sr. Stelzer, von Hamburg; Kahn Nr. 497, Sr Leopold, von Hamburg; Kahn Nr. 4584, Sr. H. Ernst, von Hamburg; Kahn Nr. 501, Sr. Weißbach, von Hamburg; Kahn Nr. 885, Sr. Frz. Haase, von Hamburg; Eildampfer „Rienburg", mit Stückgut von Hamburg.

Wochenmarkt in Halle.

Nach unseren Notierungen wurden am Sonnabend im Durchschnitt bezahlt für:

Kartoffeln 1 Pfd.	0,65	Pfeffergurken 1 Pfd.	2,00—3,00
Weißkohl 1 Pfd.	1,00—1,10	Senfgurken 1 Mdl.	13,00
Wirsingkohl 1 Pfd.	1,00—1,10	Meerrettich 1 Stange	1,25—,00
Rotkohl 1 Pfd.	1,25—1,50	Kürbis 1 Pfd.	0,50
Blumenkohl 1 Stück	1,50—4,50	Tomaten 1 Pfd.	2,00—2,50
Grüne Bohnen 1 Pfd.	2,25—2,50	Grüner Salat 1 Stück	0,50
Salatbohnen	2,75	Radieschen 1 Bd.	0,15—0,20
Steinpilze 1 Pfd.	4,50—5,50	Spinat 1 Pfd.	0,90—1,00
Semmelpilze 1 Pfd.	4,00	Pflaumen 1 Pfd.	2,75—2,80
Kohlrabi 1 Mdl.	3,00—4,50	Preiselbeeren 1 Pfd.	5,50
Wirsingkohl 1 Pfd.	0,75—0,80	Birnen 1 Pfd.	0,90—2,50
Kohlrüben 1 Pfd.	0,65	Aepfel 1 Pfd.	1,00—2,50
Zitronen 1 Stück	0,80—1,00	Weintrauben 1 Pfd.	2,50—4,00
Rettiche 1 Stück	0,25—0,40	Pfirsiche 1 Pfd.	9,00—10,00
Rhabarber 1 Pfd.	0,40	Butter ½ Pfd.-Stück	14,50—15,50
Rote Rüben 1 Pfd.	0,50	Moos 1 Pfd.	4,25—4,50
Selterie 1 Stück	1,00—1,50	Eier 1 Stück	2,10
Zwiebeln 1 Pfd.	0,75—0,80	Käse 1 Stück	1,00—1,80
Salatgurken 1 Stück	0,50—1,00	Rebhühner 1 Stück	8,00—15,00
Einlegegurken 1 Mdl.	2,50—5,00		

Sonst wurden auf dem Markte noch Fleisch- und Wurstwaren sowie Geflügel und Fische feilgeboten.

Berliner Börsenberichte

Produktenbericht. Berlin, 17. September. Der scharfe Rückgang der Devisenpreise am Getreidemarkt wirkte stark ermattend. Weizen und Roggen wurde viel aus den Provinzen angeboten. Umsätze kamen bei der Zurückhaltung der Käufer nur spärlich zustande. Gerste konnte sich behaupten, da die Nachfrage nach guter Brauserte anhielt. Hafer schwächte sich etwas ab. Mais wurde bei ruhigem Geschäft billiger verkauft. Die Mehlpreise neigten zur Nachgiebigkeit. Kleie war schwach. Oelsaaten und Hülsenfrüchte hatten ruhiges Geschäft. Die Tendenz für Oelkuchen war bei anhaltender Nachfrage fest.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 17. September.

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen:
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 19—21.
Haferstroh drahtgepreßt 22—25, Stroh seilgebündelt 15½—17.
Langstroh seilgebündelt 18—19.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 68—72, gesund und trocken, 50—58, Kleeheu 81—88, alles ab Stationen.

Devisen-Notierungen

Berlin, 17. Sept.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterd.-Rottd.	3221,75	3228,25	Paris	719,25	720,75
Brüss.-Antwerp.	709,25	710,75	Schweiz	1755,20	1756,20
Christiania	1311,15	1313,85	Spanien	1333,65	1336,35
Kopenhagen	1778,20	1781,80	Wien (altes)	—,—	—,—
Stockholm	2177,80	2182,20	Oesterr.abgest.	9,78	9,82
Helsingfors	141,85	142,15	Prag	119,35	119,65
Italien	430,55	431,45	Budapest	17,98	18,02
London	374,80	375,40	Poln. Mark	2,52	—,—
New-York	100,39	100,61			

Amtliche Notierungen **für 1 Doppelzentner** ab Station

Weizen, meckl. 438—442, märk. 438—444, flau.
Roggen, märk. 346—350, matt.
Wintergerste 396—404, Sommergerste 460—490, stetig.
Hafer, märk. 354—360, matter.
Mais, la Plata prompt ab Hamburg 314—316, ohne Prov. Okt./Jan. 304—308, flau.
Weizenmehl 605—670, Roggenmehl 415—460, still.
Weizenkleie 245—255, Roggenkleie 235—260, fest.
Raps 650—700, behauptet. Rübsen 5 Mark unter Raps.

Victoriaerbsen	580—620	Lupinen, blaue	170—190
Kleine Speiseerbsen	440—500	Lupinen, gelbe	190—220
Futtererbsen	360—380	Rapskuchen	260—276
Peluschken	350—370	Leinkuchen	410—420
Wicken	350—380	Serradella	230—300
Ackerbohnen	—		

Trockenschnitzel prompt 245—260, Okt./Dez. 240—250.

Most
Eine gute deutsche Schokolade

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109181-19/fragment/page=0003

Halle und Umgebung

Halle, 18. September.

Statistiktagung in Halle

(Schlußbericht.)

Der Mitreferent Dr. Zwick (Ludwigshafen) macht über die Teuerungsstatistik folgende Ausführungen:

Der Zweck der Teuerungsstatistik

ist die Berechnung des nationalen Geldwertes und seiner Bewegung. Durch die in Gebrauch befindlichen Methoden der Teuerungsberechnung lassen sich jeweils Mittelwerte erzielen unter der Voraussetzung, daß die Methode der Gewichtsverteilung richtig ist, die Reihenaufstellung kann dabei entweder von nur gewogenen oder von nur ungewogenen Werten ausgehen; der größten Fehlerquelle — starke Geldwertschwankung bei Verwendung ungewogener Werte — steht die starke Verbrauchsänderung bei gewogenen Werten gegenüber. Das „Gewichtsproblem" wird am besten bewältigt durch Berücksichtigung sehr vieler Waren; Verbrauchsverschiebung soll ausgeglichen werden durch Berechnung des jetzigen Verbrauchs und desjenigen des Beziehungsjahres. Absolute Zahlen und Verhältniszahlen können dem Zweck der Berechnung entsprechen.

Eine Unterscheidung der Teuerungsstatistik findet einmal statt in bezug auf den Stand und die Bewegung der Produktivität unserer Volkswirtschaft und in bezug auf die Einkommensverteilung einerseits der Verfügungsberechtigten über Waren und fremde Produktivkräfte, andererseits der Nurkonsumenten (geistige und körperliche Arbeiter).

Die „Großhandelsindexziffern" sind kein Maßstab der Teuerung für den Konsumenten; geeignet sind am besten die Indexziffern der Lebensunterhaltskosten. (Die Kleinhandelspreisindexziffern sind praktisch wenig verwertbar). Eine Berechnung von Indexziffern hat alle „Vermögensfaktoren" unberücksichtigt zu lassen und lediglich vom Standpunkt des sich täglich wiederholenden Verbrauchs und höchstens kurzfristiger Nutzung aus zu geschehen. Haushaltungsbücher sind theoretisch die besten Unterlagen, praktisch jedoch nicht zu befürworten.

Das „Normalbudget" muß alle Verbrauchsgruppen umfassen: Lebensmittel, Kleidung, Wohnung, Kulturbedarf. (Ohne Luxus und nicht allgemein dringlichen Bedarf.) Es soll außerdem dem wichtigen Gesichtspunkt der interlokalen Vergleichung der Teuerung Rechnung tragen. Daher ist gleiche Grundlage für alle berechnenden Stellen zu fordern: einheitige Gewichtsmaß- und Qualitätsbestimmung. Hier herrscht jetzt noch große Mangelhaftigkeit.

Kalorien dürfen als Grundlage nicht verwendet werden, höchstens zur Kontrolle; ebenso soll keine Berechnung des Existenzminimums stattfinden.

Bei der Wohnung ist eine einheitliche Festlegung nötig (Wohnungsgröße, Mietspreis, Instandhaltungskosten, mit der Wohnung zusammenhängende Gebühren). Für die Bewertung der Heizung und Beleuchtung ist eine Einheitlichkeit für alle Städte und Festlegung eines Umrechnungsmodus je nach Heizkraft anzustreben. Bei den Genußmitteln ist der anzusehende Monatsverbrauch der wichtigsten notwendigen Getränke (evtl. auch Tabak) gering zu bemessen. Der Kulturbedarf umfaßt die Kosten für Reinigung, Arztkosten und Heilmittel (nicht Geburtshilfe, Bad und Badekur), (Berufs-) Standesorganisationsbeiträge, Steuern, Lektüre und Erziehungsauslagen für die Kinder; eine Gesamtbehandlung durch prozentuale Steigerung dieses Postens im gleichen Verhältnis wie andere Ausgaben ist unzulässig.

Die Normalfamilie ist wie in der Reichsstatistik anzusetzen. Als Beruf wird der eines gelernten Arbeiters einer typischen Industrie vorgeschlagen. Die Erhebung soll vier Wochen umfassen.

Für den zeitlichen Vergleich innerhalb eines Ortes ist das Jahr 1914 maßgebend; für den interlokalen Vergleich sind die nach oben festgelegten Gesichtspunkten geänderten, absoluten Teuerungszahlen am zweckmäßigsten.

Die folgenschwersten absoluten Teuerungsziffern sind die vom Statistischen Reichsamt für alle Städte über 10 000 Einwohner herausgegebenen; es genügt, wenn lediglich die Großstädte bezw. Städte mit statistischen Aemtern in den Erhebungsbereich einbezogen werden. Die Veröffentlichung der Zahlen bleibt dem Statistischen Reichsamt vorbehalten.

Die Ortsklasseneinteilung

muß nach Einrichtung der einheitlichen Methode aufgrund der daraufhin erreichneten Indexziffern erneut überprüft werden. Die Notwendigkeit der Steigerung und Verminderung der Löhne und Gehälter kann nach Berücksichtigung der obigen Gesichtspunkte der Indexziffernerrechnung begründet werden.

Es liegt nicht allein im Interesse der Sache, sondern auch im Interesse des Ansehens der Statistik und ihrer Träger, daß sehr bald Ordnung in die zerfahrenen Verhältnisse kommt, die hauptsächlich durch die vielen „Veröffentlichungen" entstanden sind.

In der Diskussion ergriff u. a. Dr. van Zanden aus Amsterdam das Wort und dankte für die Einladung und Aufnahme. Amsterdam habe gerade der Stadt Halle in bezug auf die Wohnungsstatistik viel zu danken. Zum Thema bemerkte er, daß die Haushaltungsbudgets bei der Teuerungsstatistik nicht vernachlässigt werden dürften. Dr. Weigel (Leipzig) führte aus, daß die Grundlage für die Teuerungsstatistik immer auf Kompromissen beruhen werde, er empfahl den Anschluß an die Reichsstatistik. Der Vorsitzende Dr. Seutemann (Hannover) sprach über die Festsetzung der Preise, besonders bezüglich der Wohnungsmiete herrsche infolge der Größe der Wohnungen große Willkürlichkeit.

Dr. Busch (Frankfurt a. M.) wies auf die Aenderung des Konsums bei Preisveränderungen hin. Durch die Indexziffern würden nicht erfaßt: der Handelsgewinn, der Verschleiß und die Weiterverwendung gebrauchter Gegenstände im Haushalt. Hierauf wurde die Diskussion unterbrochen, um eine einstündige Mittagspause eintreten zu lassen. Die Verhandlungen begannen wieder um ½2 Uhr. Als nächster Diskussionsredner kam der Präsident des preußischen Statistischen Landesamtes Saenger (Berlin) zu Worte, der besonders die Heranziehung der Arbeitgeber und -nehmer zur Preisfestsetzung empfahl und auf die Wichtigkeit der Haushaltbücher hinwies. Er hält eine Verkleinerung der Normalfamilie der Reichsstatistik unter Umständen für wünschenswert.

Dr. Mayer (Nürnberg) befürwortete ein starres Schema der Lebensmittel. Die Familie könne ruhig fünfköpfig bleiben. Der Wohnungsfrage schreibt er infolge der erst noch kommenden Mietssteigerungen eine erhebliche Bedeutung zu. Prof. Wolff (Halle) hält gerade die Verschiedenheit der Gewinnung der Teuerungszahlen für glücklich, da dadurch ein tieferer Einblick in die verschiedenen Verhältnisse ermöglicht sei. Allerdings müsse man dann bei Vergleichungen die Zahl der Familienangehörigen berücksichtigen. Die Arbeitskammer und -geber in Halle sträubten sich, beim Feststellen der Preise mitzuarbeiten. Er habe deshalb die Preisprüfungsstellen zu diesen Feststellungen herangezogen. Das Haushaltsbuch werde ein gutes Unterstützungsmittel sein. Dr. Ergang (Königsberg) bat um baldige Bekanntgabe von Schemaänderungen. Dr. Lorenger (Forzheim) wünschte schnellere Berücksichtigung von Verbesserungsvorschlägen und größere Einheitlichkeit. Geheimrat Delbrück vom Reichsamt sagte Erwägung der Vorschläge zu und äußerte sich zu den einzelnen Diskussionspunkten.

Ein Mitglied des statistischen Reichsamts behandelte noch besonders eingehend die Frage der Wohnungsmiete und der Textilindustrie. Die auf Grund des Entwurfes errechneten Teuerungszahlen geben ein gutes Bild, wie eine Nachprüfung in größerem Rahmen bestätigte. Er dankt für die vielen Anregungen, die aus den Kreisen der Städtestatistiker dem Reichsamt zugegangen sind, und hofft auf weitere Mitarbeit.

Dr. Lohmert (Bremen) ergriff dann das Schlußwort, in dem er eine große Uebereinstimmung der Teilnehmer bezüglich des Wertes und des Verfahrens der Teuerungsstatistik feststellte. Er befürwortet nochmals die Einheitlichkeit der Erhebungsmethode. In der Jetztzeit seien die Haushaltsbücher nicht immer tendenzlos geführt. Nach seinen Erfahrungen seien die Verhandlungen mit den Arbeitnehmern und Arbeitgebern zur Preisfestsetzung das gegebene Mittel. Die Miete sei das Schmerzenskind der Statistik. Dr. Zwick (Ludwigshafen) sprach noch einige kurze Schlußworte. Dr. Seutemann schlug vor, über die Leitsätze der Herren Dr. Böhmer und Zwick nicht abzustimmen, da sie noch eine längere Debatte erfordern würden.

Hierauf referierte Dr. Schöbel (Chemnitz) über die

Reichsschulstatistik.

Dr. Schöbel führte etwa folgendes aus:

Die Tabellenentwürfe zur neuen Reichsschulstatistik sind nur auf preußische Verhältnisse zugeschnitten und daher nicht vollkommen geeignet, die Unterschiede im Stande des Unterrichtswesens in den einzelnen Ländern deutlich erkennen zu lassen. Das gilt vor allem von den das Volksschulwesen betreffenden Uebersichten. Es wäre zu wünschen, daß erstens mit Rücksicht auf das häufige Vorkommen achtstufiger Schulen in nichtpreußischen Ländern auch deren Zahl erfaßt würde, und zweitens im Hinblick auf die verschiedene Zahl von wöchentlichen Unterrichtsstunden auf den einzelnen Klassenstufen in verschiedenen Ländern auch festgestellt würde, wie viel Klassen und Lehrer (ohne technische Lehrer und Geistliche) an den 3-, 4-, 5-, 6-, 7- und 8stufigen Schulen vorhanden sind.

Ohne diese Feststellung muß die Uebersicht über die Klassenfrequenzen zu ganz falschen Schlüssen führen, da selbstverständlich in Ländern, in denen, wie in Sachsen und Baden, zurzeit die Halbtagsschule (d. h. die Schule, in der ein Lehrer zwei Klassen versorgt) auch bei den mehrstufigen (sogar bei den einstufigen) Schulen noch die vorherrschende Schulform bildet, die Klassenfrequenzen fast bei geringeren Aufwendungen für das Volksschulwesen niedriger sein können als in Ländern wie Preußen und Bayern, wo in der Regel (wenigstens bei den mehr als zweistufigen Schulen) für jede Klasse ein besondere Lehrkraft vorhanden ist.

Im Hinblick auf die Streitfrage, ob trotz der gesetzlich vorgeschriebenen vierjährigen Grundschule die neun- bzw. sechsstufige höhere Schule beibehalten werden soll, wäre zu wünschen, daß einmal festgestellt würde, wie viele von den in den letzten drei oder vier Jahren in die unterste Klasse der höheren Lehranstalten aufgenommenen Knaben vor ihrem Eintritt keine Vorschule und länger als fünf Jahre eine Volksschule besucht haben.

Präsident Delbrück sagte in der Diskussion, daß den Bundesstaaten es unbenommen sein solle, besondere Tabellen nach ihrer Eigenart aufzustellen, nur solle aus diesen die Möglichkeit sich ergeben, die Tabellen der Reichsstatistik zu errechnen. Die angegeben Verbesserungen würden möglichst berücksichtigt werden. Präsident Saenger brachte einige technische Erhebungsschwierigkeiten zur Sprache. Dr. Schöbel führte im Schlußwort aus, daß seine Bedenken gegen die Reichsstatistik sich hauptsächlich auf die niedrigen Ortsklassen erstrecken. Die Leitsätze wurden angenommen. Hierauf wurde die öffentliche Sitzung um 3½ Uhr geschlossen und die Versammlung trat in die Verbandsberatungen ein. Hth.

Technische Nothilfe und „Klassenkampf"

Die Landesbezirksleitung der Technischen Nothilfe bittet uns um Veröffentlichung nachstehender Zeilen:

Ein besonderer Fall, in dem ein Nothelfer im Kupferwerk Trotha seiner politischen Gesinnung durch Aufschrift an eine Wand Ausdruck gegeben haben soll — es ist noch nicht erwiesen, daß es ein Nothelfer war — gibt dem „Klassenkampf" Veranlassung, gegen die Organisation der Technischen Nothilfe politische Angriffe zu erheben. Entsprechend ihren Richtlinien verhält sich die Nothilfe politisch vollkommen neutral und hält auch aufs strengste darauf, daß ihre Organe diesen Richtlinien gemäß handeln. Ein einzelner Nothelfer ist nun kein Organ und die politische Gesinnung des einzelnen Nothelfers ist der Nothilfe ganz gleichgültig, wenn er seine Arbeit im Sinne der vom Ministerium gegebenen Richtlinien verrichtet, hat aber als Nothelfer Rücksicht auf die politisch-neutrale Haltung der Nothilfe zu nehmen. Sollte die im Kupferwerk gefundene Aufschrift tatsächlich von einem Nothelfer herrühren, so muß die Landesbezirksleitung diese Handlung aufs entschiedenste mißbilligen und wird den Vorfall zum Anlaß nehmen, der Nothelferschaft diesen Standpunkt bei jeder Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen.

Der „Klassenkampf" behauptet in seinem Angriff ferner, daß die Technische Nothilfe zu einer reaktionären Haltung gelangt sei, nachdem die Arbeiterschaft, die zunächst in die Reihen der Nothelfer eingetreten sei, sich von dieser zurückgezogen habe. Diese Behauptung enthält zwei Unrichtigkeiten insofern, als 1. die Technische Nothilfe sich auch heute noch einer großen Anzahl von Arbeitern als wertvoller Mitglieder ihrer Organisation erfreut und 2. der Austritt einiger durch Terror und Entstellungen der Ziele der T. N. zum Austritt getriebener Arbeiter in Gesinnung und Betätigung der T. N. im Interesse der gesamten Volksgemeinschaft — also auch der Arbeiterschaft — nichts geändert hat und nichts ändern konnte, weil sich die Technische Nothilfe in ihrer Betätigung streng an die ihr gegebenen ministeriellen Richtlinien auch heute noch hält.

Wenn der „Klassenkampf" in der Zugehörigkeit einer großen Anzahl von sozialdemokratischen Arbeitern eine Sicherheit für die Vermeidung des angeblichen Streikbruches durch die Technische Nothilfe erblickt, so hätte er logischerweise alles dazu tun müssen, die Arbeiterschaft zum Verbleiben in der Technischen Nothilfe zu veranlassen, anstatt diese bei jedem Anlaß ungerechtfertigterweise der Arbeiterschaft als Streikbrecher und Arbeiterfeinde zu verdächtigen.

— **Portoerhöhung für Auslandspakete.** Infolge der andauernden Verschlechterung des deutschen Markkurses und der dadurch bedingten beabsichtigten Erhöhung der an das Ausland zu vergütenden Beförderungsgebühren, sieht sich die Postverwaltung zur Betätigung empfindlicher Einbußen der Reichskasse gezwungen, vom 1. Oktober d. J. an die Gewicht- und Versicherungsgebühren im Auslandsverkehr nach dem Verhältnis von 1 Franken = 16 Mark (gegenwärtig 1 Fr = 12 Mk.) zu erheben. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

— **Angestelltenversicherung.** Demnächst werden Beauftragte des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte eine Revision in Halle vornehmen. Die Arbeitgeber sind nach § 215 des Versicherungsgesetzes für Angestellte den Beauftragten gegenüber zur Auskunfterteilung und Vorlage der Versicherungskarten verpflichtet. Die Beauftragten der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Beiträge und etwaige Rückstände sind auf das Postscheckkonto der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte mittels der vorgeschriebenen Zahlkartenvordrucke einzuzahlen.

— **Kündigung eines Lohntarifs.** Aus beteiligten Kreisen wird uns gemeldet: Die Schuhmachergehilfen der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt haben am 1. September den im Frühsommer mit der Arbeitgeberschaft geschlossenen Lohntarif zum Zwecke der Erlangung höherer Löhne gekündigt. Inzwischen stattgehabte Verhandlungen der Beteiligten ergaben eine Lohnerhöhung von 20 Prozent, so daß auch bei diesem Gewerbe, dessen Materialien ohnehin in ständigem Steigen begriffen sind, mit einer entsprechenden Verteuerung gerechnet werden muß.

— **Neuer Filmvortrag der Halleschen Ortsgruppe des Reichsbundes Deutscher Technik** am Sonntag, den 25. September 1921, vormittags ½11 Uhr, im Walhalla-Lichtspieltheater. Der seit seiner Uraufführung in der Berliner Urania mit Spannung erwartete technische Meisterfilm „Was deutsche Technik Wunder schuf" (Verfasser Oberingenieur Fritz A. Mehen in Charlottenburg, aufgenommen durch die Deutsche Lichtspielgesellschaft E. V.), wird nunmehr durch die hiesige Ortsgruppe des Reichsbundes Deutscher Technik auch den Hallensern geboten werden. Der Vortrag hat, in vielen Städten bereits gehalten, beim Publikum und in der Presse allenthalben glänzende Aufnahme gefunden. Der Vorverkauf und die Preise der Eintrittskarten sind an den Anschlagsäulen bekannt gegeben.

— **An der Handels-Hochschule Berlin** ist die erste Immatrikulation für das Wintersemester auf Sonnabend, den 22. Oktober, festgesetzt. Das Nähere ersehen die Leser aus der amtlichen Bekanntmachung im Inseratenteil dieser Zeitung.

— **Ständige Kunstausstellung von Tausch u. Grove.** Neu ausgestellt: Gemälde von Prof. Hans von Volkmann, H. Klemm-Jaeger, Max Landschreiber, Prof. Paul Schad-Rossa, Oskar Leu, Prof. Louis Douzette, C. Grote, Prof. Elmar v. Eschwege, Eduard Cucuel, Prof. Emil Zschimmer, Otto Guth, Cl. Baccano, Wilhelm Busse, Hans Bernhardt u. a.

— **Eine Boykottierung der Kinos** streben die Mitglieder des Deutschen Musiker-Verbandes an, indem sie Handzettel verteilen und Schilder durch die Straßen der Stadt tragen lassen und die „Genossen, Arbeiter, Angestellten und Beamten" auffordern, die Kinos für die Dauer des Musikerstreiks zu meiden. Nach der Erklärung, welche die hiesigen Lichtspielkenter im Anzeigenteil unserer Zeitung gestern abgegeben haben, erübrigt sich jedes Wort der Kritik über diesen wilden Streik der Kinomusiker.

— **Auf ein vierzigjähriges Bestehen** kann am 18. d. M. das Leinen- und Wäschegeschäft von Reinhold Grünberg, Inh. Wwe. Bertha Grünberg, zurückblicken. Frau Grünberg, langjährige Abonnentin der „H. Z.", hat es verstanden, durch Fleiß und reelle Bedienung ihrem Geschäft in unserer Stadt einen angesehenen Namen zu verschaffen.

— **Warnung.** Nachdem nunmehr die Tiere der Schrebergartenbesitzer soweit herangefüttert sind, daß sie schlachtreif sind, mehren sich die Diebstähle jetzt schon in erschreckender Zahl. Es wird deshalb warnend darauf hingewiesen und angeraten, die Stallungen besser verwahren und vielleicht bewachen zu lassen.

Familien-Nachrichten

Vermählungen: Polizeioberwachtmeister Karl Ullrich mit Lina Thomas. — Kurt Scheller mit Gertrud Flühe.

Todesfälle: Drehermeister Carl Heinrich (51 Jahre). — Ernst Hermann Commichau (58 Jahre). — Auguste Grube geb. Fiedler (82 Jahre). — Maler Edmund Eichenberg (36 Jahre). — Lokomotivführer Max Klaußmann (62 Jahre).

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.

Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten: Ernst Messerschmidt; für Volkswirtschaft, Provinz u. Sport: Hans Helling; für den lokalen Teil und Kommunalpolitik: Erich Seelheim; für kunst. Wissenschaft und Unterhaltung i. V.: Lotar Heberer. — Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.

Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei Verlag der Hallenschen Zeitung, Halle a. S.

Aufsehen erregt die

Elektrische Rechenmaschine

Saalschloß, gr. Saal, Veranda.

Am Montag, d. 19. u. Dienstag, den 20. September stellen wir in Leipzig, Rittergut Gautzsch, vorletzte Haltestelle der Sternbahn ab Roßplatz — Tel. 35 333

allerbeste, schwere, junge, hochtragende und frischmilchende original-ostfriesische Kühe u. Kalben sowie prima Herdbuchbullen

zu sehr billigen Preisen zum Verkauf.

A. J. Stein, Emden (Ostfriesland).

Möbel-Ausstellung

Halle a/S, Alter Markt 1 u. 2

Albert Martick Nachf.

200 Zimmer einfacher u. reicher Art preiswert

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109181-19/fragment/page=0004

Deutsche Stimmen in die Zeit

Wochenbeilage der Halleschen Zeitung

Nr. 37 — Halle/Saale ♦ Sonntag, den 18. September — 1.9.2.1

Lebe mit deinem Jahrhundert, aber sei nicht sein Geschöpf; leiste deinen Zeitgenossen aber, was sie bedürfen, nicht, was sie loben.

Fr. v. Schiller.

Alt-Metzer Bilder

Von Hegg-Halle.

II.

Zwischen den Ausläufern des Argonnerwaldes und des Hunsrück, in einem weiten Tal, von dessen bewaldeten Höhen und Hängen aus Obstgärten, Weinberge und Weingärten, kleine Flecken, alte Kirchlein, Landsitze freundlich herabschauen auf die von Mosel und Seille durchzogene, fruchtbare Niederung mit ihren reichen Dörfern, Klöstern und stolzen Schlössern, erhebt sich zwischen den Flüssen, just da, wo sie sich vereinen, ein felsiger Hügel.

Diese das Tal beherrschende, von Natur so wohl geschützte Höhe hatten vor Urzeiten schon, als Sümpfe, Wald und Wüstnis das jetzt so herrliche Stückchen Land dort bedeckten, die Bewohner jener Gegend als Niederlassung gewählt. So entstand hier das uralte Mediomatrix, die Hauptstadt der Mediomatriker, eines belgisch-gallischen Stammes, abgekürzt Mettis genannt, das heutige Metz.

Im Jahre 57 v. Chr. unterwarf es sich nach erbitterten Kämpfen den Römern. Cäsar legte Garnison in die Feste, die nach und nach römische Sprache und Sitten annahm, und bei der Fruchtbarkeit der Gegend sowie infolge der günstigen Lage an den Flüssen, zudem durch Römerstraßen mit Gallien und Germanien verbunden, bald eine reiche Stadt wurde mit öffentlichen Bädern und einem Amphitheater.

Ende des 3. Jahrhunderts bekehrte St. Clemens Metz zum Christentum.

Aus der wirren Zeit der nächsten 200 Jahre sind fast keine Nachrichten über die Stadt erhalten; Attila zerstörte sie nach langer Verteidigung.

Als die Stürme der Völkerwanderung sich gelegt, wurde Metz wieder erbaut und blieb weiterhin die Hauptstadt der Mediomatriker, bis ein mächtiger deutscher Stamm, die Franken, d. h. die Freien, ein Bauernvolk vom Niederrhein, von den Ufern der Schelde, Maas und Mosel, im Jahre 510 unter Chlodowig den festen Platz eroberten.

Während die keltischen Ureinwohner Galliens sich vielfach, besonders in dessen Süden, mit römischem Blut gemischt hatten, waren sie hier in den östlichen Grenzgauen bisher ziemlich rein erhalten geblieben. Mit dieser Eroberung ihres Landes aber und der fortdauernden Einwanderung der siegreichen germanischen Franken —, die ja sogar weit über den Main sich vorschoben und jener Gegend ihren Namen gaben —, ging die einheimische Bevölkerung um Mettis in dem stärkeren deutschen Stamm auf. Es entstand somit hier eine aus Kelten, mit etwas römischem Einschlag, im Uebergewicht aber aus Germanen neugebildete, in der Hauptsache als deutsche Bevölkerung.

Das muß zunächst einmal betont und festgehalten werden! Dies berücksichtigte auch Chlodowig bei Teilung seines Reiches in das Oesterreich — Austrasien mit der Hauptstadt Metz — und Neustrie — Nordwestfrankreich —, welches er sich ebenfalls unterworfen hatte.

Nach dem Tode dieses zwar gewalttätigen und grausamen, aber auch tatkräftigen, klugen Heerführers und Königs zogen die wilden Zeiten seiner Nachfolger über die Stadt hin. Noch heute erinnert auf dem Gipfel des Trinitarierberges die altersgrüne Merowingerburg an jenes Fürstengeschlecht.

Besonders das Gedächtnis an eine Persönlichkeit, die herrschsüchtige Brünhilde, die Königin des Royaume de Metz, wie Austrasien in französischen Urkunden auch genannt wurde, und der Name ihrer Todfeindin, der schönen Fredegunde, haben die Jahrhunderte überdauert.

„Man raunt noch bang von ihr und denkt
von Metz bis weit nach Perigor(d),
wenn in den heil'gen Nächten draus
der Wärwolf heute in Schilf und Rohr,
an sie die wunderschöne, blonde,
blutgier'ge Teuflin Fredegonde",

so singt ein altes Volkslied; und bei Metz wie auch in Flandern wird die Römerstraße oft Roue de Brunhaut — Brünhilde genannt.

Wenngleich die Sage, die dichtende Volksseele, später Zeit, Ort und Gestalten umbildete und, was viele Menschenalter trennen, in einem Bild zusammendrängte, so geht man wohl doch nicht irre, wenn man in dem alten Königreich Metz und seinen Nachbarländern den Schauplatz unseres großen nationalen Epos, dem Nibelungenlied, sucht. Schon deshalb haben wir Anspruch auf das Land dort.

Im Laufe des 6. und 7. Jahrhunderts wurde es mit Burgund und Frankreich mehrere Male unter einem König vereint, oder umgekehrt; und ebenso oft zerfielen diese Reiche wieder, dann aber faßten die Karolinger mit starker Hand zu.

Wenn die Franzosen und Französlinge heute behaupten, daß Lothringen wie auch das Elsaß einst zum Reiche Karls des Großen gehört hätten und aus diesem Grunde auch jetzt zu Frankreich rechnen müßten, so kann man ihnen mit vollem Recht entgegenhalten, daß dieser mächtige Herrscher und sein Vater Pipin, die Begründer des karolingischen Reiches, einem austrasischen deutschen Adelsgeschlecht entstammten, das sich zum Herrn in diesem Land, dann zum Gebieter über ganz Gallien, das heutige Frankreich, emporschwang.

Also gerade umgekehrt wäre die Geschichte richtig, Ihr Herren Franzosen! Karl der Große war ein deutscher Fürst, unter dem auch Eure Vorfahren sich beugen mußten. Er, ein Germane, wurde der Nachfolger auf dem Throne der römischen Cäsaren sogar und blieb doch stets ein schlichter Sohn seines Volkes zwischen Wasgau, Argonnerwald, Mosel und Rhein.

Das bewies er in allem, in Lebensgewohnheiten, Kleidung und Sprache, in der Vorliebe für die deutschen Sagen und Mären, die er zuerst sammeln und niederschreiben ließ.

Pipin hatte 764 schon maurische Fürsten in Metz als Untervorsene empfangen auf dem Boden, auf dem heute der weiße Burnus ihrer Nachkommen weht, jener Wüstensöhne, die Frankreich helfen mußten.

Auch Karl der Große weilte dort und förderte u. a. wesentlich den Bau der Kathedrale, wo sich auch das einzige von ihm erhaltene Abbild befindet, einem Reiterbronzestandbild. Gar oft hielt er Hof in Diedenhofen. Dort auch teilte er 806 das Reich für den Fall seines Todes, so, daß sein ältester Sohn Karl Austrasien und Sachsen, als ganz deutsche Gebiete, erben sollte, dazu das nördliche Gallien, wo das germanische Element ebenfalls stark vertreten war. Pipin dagegen sollte Italien, Ludwig Südfrankreich erhalten. So hatte der weitblickende Kaiser, der Eigenart seiner Völker Rechnung tragend, die Teilung festgesetzt.

Es überlebte ihn jedoch nur Ludwig, ein schwacher Fürst; und kaum war dieser in der Abtei von St. Arnold bei Metz beigesetzt, neben seiner Mutter, als auch seine Söhne schon im Bruderkrieg das Schwert zogen.

843 wurde zu Metz der Frieden geschlossen und in demselben Jahre durch den Teilungsvertrag von Verdun Lothar als Aeltester die Kaiserkrone und Italien zuerkannt, außerdem nach des Vaters und des Volkes Willen das Gebiet, welches, im Westen von Rhone—Saone—Maas und Schelde, im Osten von Alpen und Rhein begrenzt, sich vom Mittelmeer bis zur Nordsee erstreckte. Er wählte Metz zu seiner Hauptstadt. Ludwig, in Zukunft der Deutsche genannt, erhielt Ostfranken, d. h. die Länder östlich vom Rhein, aber auch Mainz, Speyer und Worms, weil sein Anteil sonst keine Weinberge hätte. Karl der Kahle bekam Westfranken oder Frankreich.

So entstanden selbständige Staaten und Nationen, eine deutsche, französische und italienische, wobei nur Lothars Anteil aus recht verschiedenen Bestandteilen zusammengesetzt war. In Berücksichtigung dessen teilte er nicht lange darnach sein Reich und hinterließ das Land zwischen Schelde, Maas und Rhein seinem gleichnamigen Sohne, nach welchem es Lotharii regnum oder Lotharingien, später Lothringen, genannt wurde.

Da Lothar II. kinderlos starb, hätte sein Erbe vertragsmäßig an Ludwig den Deutschen fallen müssen, aber Karl von Frankreich ließ sich vom Bischof von Metz, der ihn heimlich gerufen, zum König von Lothringen krönen.

So kam zum ersten Mal dieses deutsche Land durch Verrat an Frankreich, und zwar, wie es viele Jahrhunderte später auch wieder geschah, nochmals mit Metz und dann mit Straßburg, hatte ein Kirchenfürst die Hand dabei im Spiel. Und blicken wir zurück auf unsere Zeit, so sah, wer sehen wollte, auch vor diesem Kriege jetzt die Pfaffen dort in Lothringen bei ihrer verräterischen Wühlarbeit. Davon später mehr.

Platos Lehre vom wahren Staatsmann

Von Studienrat Rudolf Sellheim, Halle.

Unter Platos Schriften befinden sich zwei Dialoge mit dem Titel „Alcibiades", die nach ihrem Umfang als der „Große" und „Kleine" Alcibiades voneinander unterschieden werden. Während dieser schon im Altertum für unecht galt, erfreute sich jener großer Wertschätzung und ward auch bis zu Schleiermacher im allgemeinen als ein echtes Erzeugnis platonischer Kunst angesehen. Heute gehen die Ansichten in der Echtheitsfrage stark auseinander. Wilamowitz z. B. nennt seinen Autor einen „talentlosen Verfasser"; dagegen tritt Otto Apelt in der Einleitung zu seiner Uebersetzung in der „Philosophischen Bibliothek" für platonische Herkunft ein. In gleicher Richtung bewegen sich die Ausführungen von Paul Friedländer in seinem Schriftchen: Der Große Alcibiades.*) Verfasser gibt zunächst eine knappe, kritische Inhaltsübersicht des Dialoges und formuliert seine Hauptfrage folgendermaßen: „Wie... der politische Mensch gebildet werde, ist die große Frage, die hier Antwort empfängt: aus der politischen führt der Weg in die pädagogische Provinz." Es ist also die Frage nach dem echten und falschen politischen Handeln, eine Frage, die Plato besonders in seinem Dialog „Gorgias" eingehend und tief erörtert hat. Weiter berührt der Verfasser die Stellung des für ihn als echt geltenden „Großen Alcibiades" innerhalb platonischer Philosophie und platonischer Schriften wie: Menon, Staat, Gorgias, Gastmahl und Phädrus, d. h. der Werke der Reife, und früherer Schriften wie: Theages, Charmides und Laches. Ansätze hier findet er in unserem Dialoge weitergebildet, und umgekehrt sieht er Gedanken im „Alcibiades" in jenen späteren Werken klarer und deutlicher entwickelt. Zum Schluß faßt er seine Ansicht über die Abfassungszeit des Dialoges in dem Satze zusammen: „Der Mittagshöhe des Lebens mochte Plato nahe sein, als er diesen ersten Rundblick über die Welt seiner Schaffung tat."

Es kann hier nicht unsere Absicht sein, kritische Anmerkungen zu machen; aber es ist heute ein höchst interessantes, höchst zeitgemäßes Thema, das Plato aufnimmt: das Thema vom wahren, echten Staatsmann und seiner Vorbildung. Dabei fallen manch lehrreiche, auch für uns lehrreiche Bemerkungen ab. Deshalb ist es wohl gerechtfertigt, den Inhalt des Dialoges hier kurz anzudeuten. In der Einleitung des Gespräches zeigt Sokrates dem jugendlichen, sich der Staatslaufbahn zuwendenden Alcibiades die Ziele seines grenzenlosen Ehrgeizes. In einem ersten Hauptteil weist er ihm dann nach, daß dem Alcibiades die Vorbildung zu rechter staatsmännischer Tätigkeit abgehe. Denn dazu sei Wissen nötig, nicht irgend ein Wissen, sondern die Kenntnis von „Gerecht und Ungerecht", um seinen Mitbürgern in der Frage nach Krieg und Frieden raten zu können. Zwar beruft sich nun Alcibiades auf die große Menge, indessen Sokrates findet treffende Worte zu deren Charakterisierung und zeigt weiter, wie „Gerecht" und „Nützlich" immer auf dasselbe hinauslaufen. Alcibiades leide, wie fast alle Staatsmänner, an der schlimmen Einbildung, etwas zu wissen, was er gar nicht wisse. Daher müsse er seinen Blick lenken auf die Leiter der Athen gefährlichsten Staaten, Sparta und Persien, und streben nach Einsicht und Tüchtigkeit auf Grund der Selbsterkenntnis. In einem zweiten Teil gibt Sokrates positiv Belehrung über den Weg, wie Alcibiades wahre staatsmännische Tüchtigkeit erlangen könne. Nicht Tüchtigkeit schlechthin, sondern fachmännische Tüchtigkeit wird gefordert, die sich in der Gesinnung zeigt und imstande ist, Eintracht und Einheit in der Bürgerschaft zu schaffen. Jeder tut zwar das Seinige, aber nicht die Sorge für äußere Interessen oder den Körper gibt die Einheit, sondern allein die Sorge um die Seele. Sie ist unser wahres Selbst; die Sorge für sie ist die gemeinsame Aufgabe der Menschheit. Sie freizuhalten vor allem Uebel, so vor den verderblichen Einflüssen der Volksgunst, das riet Sokrates dem werdenden Staatsmanne Alcibiades. Selbsterkenntnis tue also not; so das Göttliche erkennen und sich ihm hingeben, bringe dem einzelnen wie der Gesamtheit Glück und Segen. In einem Schlußwort gibt Alcibiades seine Bereitwilligkeit zu verstehen, dem Sokrates zu folgen.

Aus dieser kurzen Uebersicht geht wohl schon genügend hervor, wie zeitgemäß der Inhalt unseres Dialoges ist. Man mag schon in seinem Fache recht beschlagen sein, zur Betätigung im politischen Leben gehört aber auch fachliche Vorbildung. Dann: die Berufung in der Frage von: „Gerecht, Ungerecht, Nützlich" auf die Menge! Wie wenige verstehen überhaupt einen Satz wie: Wahrer Nutzen ergibt sich nur aus einer gerechten Sache. Und schließlich sei noch hervorgehoben die Betonung des seelischen Momentes im Staatsleben. Nicht mit starken Armen und Beinen wird ein Staat aufgebaut, sondern mit Ideen, die vom Geiste, aus der Seele stammen. Dergleichen können wir aber noch immer reichlich aus den Werken des Altertums schöpfen; hüten wir uns, daß wir uns nicht selbst diesen Born des Wissens verschütten und uns selbst das nehmen, was uns kein anderer rauben kann: die Ueberlegenheit der deutschen Kultur!

*) Paul Friedländer, der Große Alcibiades. Ein Weg zu Plato. 1921. Bonn. Friedrich Cohen. 51 S. 9,50 Mk.

Der deutsche Osten

Von Dr. Gerhard Klüsener.

II.

Durch den Vertrag vom Jahre 1163 war in der Tat ganz Schlesien (Ober-, Mittel-, Niederschlesien) vom Königreiche Polen losgelöst worden und unter eigene Herzöge gekommen. Wenn auch dieser Wandel mehr durch den in eben diesem Jahre erfolgten Tod des in der Verbannung lebenden Herzogs Wladislaw eingetreten war, so ist doch auch der Erfolg Kaiser Rotbarts nicht zu unterschätzen, der nach dem Reichstage zu Halle im August 1157 mit Heeresmacht gegen den rebellischen Polenkönig Boleslaw gezogen war. Grünhagen in seiner Geschichte Schlesiens sagt darüber: „Es war der ruhmreichste Feldzug, den ein deutscher Kaiser gegen Polen unternommen, die Grenzverhaue der Polen hielten den Marsch nur wenig auf, und als das deutsche Heer am 22. August 1157 den Uebergang erzwungen, zündeten die Polen selbst ihre Oderfestungen Glogau und Beuthen an und zogen sich eilig zurück. Das schlesische Gebiet auf dem rechten Oderufer und das großpolnische ward von schweren Verwüstungen heimgesucht; bald stand Friedrich vor Posen." — Hier ergab sich Boleslaw und erschien vor dem deutschen Kaiser, die Friedensbedingungen entgegenzunehmen. Die Neffen des Polenkönigs regierten nach dem Tode ihres Vaters Wladislaw seit 1163 gemeinsam. Und da sie ihre Jugend in Deutschland verbracht hatten und im deutschen Geiste erzogen worden waren, so war es klar, daß mit ihnen das Deutschtum in Schlesien erneut seinen Einzug hielt; um so mehr, als ihnen das deutsche Reich der starke Rückenschutz war gegenüber dem großpolnischen Staate, der ihnen unfreundlich gesinnt war. Die zweite Hälfte des zwölften Jahrhunderts unter diesen ersten Piasten ist es, wo die deutsche Kultur ihren Einzug in Schlesien hielt. Die Träger des Deutschtums waren wieder in erster Linie Bauern, die von den Piasten herbeigerufen, auf herzoglichem Grund und Boden gegen einen Geldzins angesiedelt wurden. Die Triebfeder zu dieser Ansiedlung deutscher Bauern lag vor allem in den althergebrachten, noch heute geltenden slawischen Wirtschaftsverhältnissen, die durchaus auf Naturalwirtschaft aufgebaut waren und einen Geldverkehr vollkommen ausschlossen. Das einzige im Gebrauch stehende wirtschaftliche Verkehrsmittel war der Tauschverkehr. Durch die Ansiedlung von deutschen Bauern und Handwerkern, durch die Gründung deutscher Dörfer und schließlich deutscher Städte, in denen sich Handel und Gewerbe entwickelte und um die herum intensiver und reichen Ertrag liefernder Ackerbau betrieben wurde, wurde die Geldwirtschaft auch in Schlesien eingeführt und die Piasten bekamen endlich das ihnen bis dahin fehlende Bargeld in die Hände. Großen Vorschub leistete der deutschen Ansiedlung das kirchliche Ordenswesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109181-19/fragment/page=0005

War es doch natürlich, daß die deutschredenden Mönche, zuerst die Praemonstratenser und die Cisterzienser, um ihre deutschen Klöster, die eins um das andere gestiftet wurden, auch deutschredende Bevölkerung haben wollten. Und andererseits war es den Ansiedlern, die der alten Heimat den Rücken gekehrt hatten, eine große Erleichterung, im nahen deutschen Kloster Unterstützung und Schutz zu finden! In dieser Beziehung hat das Kloster Leubus unterhalb Breslau in der Germanisation des nahen Ostens eine hervorragende Rolle gespielt. — In eigentlichem Sinne für das Deutschtum gewonnen wurde das schlesische Land, auch Oberschlesien, in den ersten Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts. In diesen Jahren regierte der Herzog Heinrich I., der Bärtige (1202 bis 1238). Seine Gemahlin war die Heilige Hedwig, die Tochter Bertholds von Meran, eines fränkischen Grafen.

In seiner Hand vereinigte Heinrich nicht nur alle schlesischen Lande; er herrschte auch über weite Teile des großpolnischen Reiches. Und dieser Herrscher war ein Deutscher, der Sohn einer deutschen Mutter. Was sein Großvater und Vater an deutschen Fürstenhöfen Gutes genossen hatten, das vergalt er jetzt dem deutschen Reiche dadurch, daß er deutsche Sprache, deutsche Kultur, deutsches Leben in seinem großen und aufblühenden Reiche zum vorherrschenden machte. Unter ihm wurden eine ganze Anzahl von Klöstern errichtet, die stets als Stützpunkte des Deutschtums in jener Zeit anzusehen sind; unter ihm kam es zur Gründung zahlreicher deutscher Städte mit deutschem Rechte! Die ersten waren: Neumarkt und Löwenberg. Es folgten: Goldberg, Naumburg a. d. Queis, Neitze, Steinau a. d. Oder und viele andere. In Oberschlesien: Oppeln, Ratibor, Leschnitz und viele andere. Die Bevölkerung wohnte friedlich nebeneinander; Deutsche und Slawen gemischt. Nur war die gesellschaftliche und wirtschaftliche Lage der Deutschen eine meist günstigere. Sie waren selbstverständlich in allen Fällen persönlich frei und genossen deutschen Rechtsspruch meist nach Magdeburger Recht. Ja, Heinrich der Bärtige ließ um ihretwillen sogar mehrere vollständige Abschriften der Rechtsbestimmungen kommen, nach denen die Magdeburger Bürger daheim lebten.

Etwas anders verhielt sich die Sache bei Neugründung von Städten. Hier ließ man den alten slawischen Wohnplatz völlig unberücksichtigt und legte die Neustadt auf unbebautem herzoglichem Grund und Boden an. Diese Niederlassung wurde dann ausdrücklich nur für deutsche Kolonisten bestimmt, die nach deutscher Sitte lebten und nach deutschem Brauche Recht sprachen. So wurden die jahrelchen über das ganze schlesische Land hin angesiedelten Bauern und die in den Städten zusammenwohnenden Bürger und Handwerker, die in Innungen geeint waren, zu einem Vorbild für die slawischen Bewohner Schlesiens. Der dichte Wald fiel unter den Axtschlägen der Kolonisten; Sümpfe wurden ausgetrocknet; neue Wege führten von Ort zu Ort. Wo bisher nur unbenutzte Weideflächen sich endlos ausgedehnt hatten, wurden jetzt Dörfer aus dem Boden gezaubert mit der stattlichen Kirche unter den gutgebauten, festen Häusern. Anstelle der erbärmlichen, anspruchslosen Hütten der Slawen etwa entlang eines Baches oder Flüßchens traten nunmehr deutsche Städte. — Und wie der Städter Handel und Gewerbe und Geldverkehr ins Leben rief, so gewann der deutsche Bauer durch die bessere und gründlichere Bearbeitung des Bodens reichere Ernten, als jemals die leicht zufriedengestellten Slawen vermocht hatten. So wurde das schlesische Land kulturell in jeder Beziehung gehoben und gefördert; und der Nutzen dieser deutschen Arbeit kam vor allem auch dem slawischen Volk zugute, das die Vorteile und Vorzüge der deutschen Arbeitsweise und des deutschen Lebens überhaupt nicht verkennen konnte und schon damals zu einem großen Teile sich vollkommen dem Deutschtum anpaßte. Zu Anfang des 14. Jahrhunderts vollzog sich nun auch in der politischen Stellung ganz Schlesiens wie der einzelnen Herzogtümer eine einschneidende Aenderung. Nachdem unter anderem in einem großen Teile Schlesiens der damalige Markgraf von Brandenburg, Hermann, aus dem Hause Askanien, vormundschaftlich regiert hatte, weil nur minderjährige Thronerben vorhanden waren, fielen die drei Schlesien unter König Johann von Böhmen durch Verträge an dieses Land, dessen Lehnsstaaten sie von nun an wurden, während das Deutsche Reich weiterhin als solches seine Oberlehnshoheit über Gesamtschlesien beanspruchte. Unter dem ritterlichen Johann von Böhmen, der am 26. August 1346 auf französischem Boden in der Schlacht bei Crecy gegen die Engländer fiel, wurde in Breslau seit dem Jahre 1331 mit dem Bau des Rathauses begonnen, das architektonisch betrachtet die schönste Zierde der Stadt werden sollte. Ueber dem Eingang erhob sich der böhmische Löwe als Sinnbild dafür, wer hier die Herrschaft in den Händen hielte. Das große Verdienst des Böhmenkönigs bestand darin, daß durch ihn die weitere Zersplitterung in unzählige Kleinstaaten hintangehalten und Schlesien als Einheit zusammengefaßt wurde. Hundert Jahre zunächst blieb Schlesien unter der Krone Böhmens, bis es dann unter Herrscher aus verschiedenen Häusern geriet. Mit dem Königreich Böhmen zusammen kam es dann an Oesterreich, von dem es endlich Friedrich der Große, der Preußenkönig, auf Grund alter Erbansprüche in den sogenannten drei schlesischen Kriegen eroberte. —

Von Schlesien aus hatte schon Heinrich der Bärtige seine Hand ausgestreckt über die Länder bis zur Warthe hin, die lange Zeit unter der schlesischen Hoheit standen. Von Westen aus drangen die Brandenburger über die Oder, und bald war die spätere Neumark ganz in ihren Händen. Von Norden her aber griffen die Pommern nach polnischen Gebiete, und an der unteren Weichsel setzte sich der deutsche Ritterorden fest, kaum, daß der von Herzog Konrad von Masovien zum Schutze seines Landes gegen die Einfälle der räuberischen, heidnischen Preußen zu Hilfe gerufen worden war. So sehen wir, daß schon ums Jahr 1230 etwa von allen Seiten Deutsche ins Gebiet der Provinz Posen eindrangen. Ueberall folgten die Kolonisten, die das Neuland besiedelten und deutscher Kultur eine neue Heimat schufen. Besonders sind es wieder die schlesischen Herzöge, die niemals Freunde der Polen waren und immer von neuem deutsche Ansiedler ins großpolnische Gebiet (Posen) herüberzogen. Ja, ein Annalist überliefert: Sie gaben um geringes Geld den Deutschen Städte und gingen darauf aus, die Polen zu verdrängen. Das Land jenseits der mittleren Warthe aber blieb im regen Zusammenhang mit dem Reiche Polen. — Um 1345 war die Lage so, daß Kasimir der Große sich mit dem Markgrafen von Brandenburg wegen Pommerellen aussöhnte und Johann von Böhmen den Lehnsbesitz von ganz Schlesien zugestand. Damit schied Schlesien auch völkerrechtlich aus der geschichtlichen Verbindung mit Polen, von dem es sich schon etwa 150 Jahre vorher tatsächlich getrennt und Anschluß an das Deutsche Reich gesucht hatte. Einen gefährlichen Gegner hatte Polen jedoch gefunden an dem schon erwähnten deutschen Ritterorden. Im Frieden zu Kalisch kam man dahin überein, daß Kasimir auf das Kulmerland, Michelau und Pommerellen verzichtete, dafür aber der Orden das altpolnische Kujavien und Dobrzynerland zurückgab. Polen fand damals Ersatz durch die Erwerbung der russischen Fürstentümer Halicz und Wladimir. —

Indessen war die Einwanderung von deutschen Kolonisten immer weiter vor sich gegangen und Kasimir der Große von Polen hatte selbst diese Ansiedlung Deutscher in seinen Gebieten eifrig betrieben, sodaß in den Warthe- und Weichselgegenden überall nicht allein vereinzelte deutsche Bauernhöfe sich fanden, sondern über das ganze Land geschlossene deutsche Dörfer unter der polnischen Bevölkerung.

Ein Wort wäre noch zu sagen über den deutschen Ritterorden und seine Schöpfung. — Um die heidnischen Preußen zu unterwerfen und dem Christentum zu gewinnen, waren sie auf den Hilferuf des Herzogs Konrad von Masovien, der sich der Preußen nicht länger erwehren konnte, 1226 an die Weichsel gekommen. Hier entstanden in dem Sumpf- und Waldlande in schneller Folge die Burgen und Städte Thorn (1231), Kulm (1232), Marienwerder (1233), Elbing und Königsberg. Von vielen Fürsten und Rittern erhielt der Orden ständigen Zuzug und Hilfe. So unter anderen vom König Ottokar von Böhmen, dem zu Ehren die neue Feste eben Königsberg getauft wurde. Nach blutigen Niederlagen unterwarfen sich die Preußen, hielten aber ihr Heidentum noch lange Zeit zähe fest. Deutsche Bauern und Bürger wurden selbstverständlich überall in großer Zahl angesiedelt:; die Städte erblühten unter der glänzenden Verwaltung des Ordens, und viele, die sich selbst verwalteten, traten als mächtige Glieder der großen Hanse bei. So gewann auch hier das Deutschtum reichen Boden und pflanzte den Ostseeländern ihr deutsches Bewußtsein ein, das noch heute bei allen Drangsalen ein so glänzendes Zeugnis ablegt.

Anwürfe gegen den „Stahlhelm"

Aus einem Flugblatt.

Der Stahlhelm schätzt es sich zur Ehre, in den letzten Wochen Gegenstand einer wüsten Hetze seitens der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Volkskreise gewesen zu sein. Wenn wir heute auf diese Anwürfe eingehen, so geschieht es nicht, weil wir glaubten, daß diese auf Lüge und Verleumdung gegründeten Angriffe einer Erwiderung wert wären, sondern weil wir wissen, daß unsere Ziele in weiten Kreisen noch nicht so bekannt sind, wie sie es verdienen.

Unter den Anwürfen findet sich sonderbarerweise noch nicht der, mit dem man sonst jeden zu verketzern sucht, der auf dem Boden der Ordnung steht. Man behauptet von uns nicht, daß wir „Kapitalisten" oder „Knechte des Kapitals" seien. Auch als Schieber oder Kriegsgewinnler hat man uns noch nicht bezeichnet. Derartige Verdächtigungen dem Bund der Frontsoldaten gegenüber würden denn doch wohl kaum Glauben finden. Dagegen besitzt man neuerdings die Kühnheit, uns „Etappenbarone", „Nutznießer der Etappe" zu nennen. Demgegenüber zeigt ein Blick in unsere Satzungen, daß wir von jedem, der uns angehören will, verlangen, daß er mindestens 6 Monate Frontdienst getan und Gefechte mitgemacht hat. Der Stahlhelm-Gedanke ist unmittelbar nach der Heimkehr des Frontheeres aus dem Bedürfnis herausgeboren, einen dicken Strich zwischen uns und den Leuten zu ziehen, die in Etappe und Heimat sich, zumal im November 1918, des Feldgrauen Ehrenkleides unwürdig gezeigt hatten. Im Stahlhelm finden also tatsächlich nur Frontkämpfer Aufnahme, Männer, die in der Feldschlacht auf Herz und Nieren geprüft sind.

Ein weiterer, lächerlicher Vorwurf geht dahin, wir strebten darnach, die Junkerherrschaft wieder aufzurichten, wohl deshalb, weil wir uns noch heute freudig zu unseren alten Führern aus dem Weltkrieg bekennen. Wir haben im alten Reiche nie den Eindruck gehabt, daß es von Junkern beherrscht gewesen sei, und die Abkömmlinge alter Adelsfamilien, die im Heer und in der Staatsverwaltung tätig waren, waren zumeist doch aus einem ganz anderen Holze geschnitzt als die meisten Volksführer von heute. Aber zur Beruhigung nach dieser Richtung hin wollen wir es klar zum Ausdruck bringen, daß wir uns den neuen deutschen Volksstaat mit oder ohne monarchische Spitze nur so vorstellen können, daß unser Volk in seiner Gesamtheit weit lebendigeren Anteil an der Führung der Staatsgeschäfte nimmt, als es bisher der Fall war. Wir erwarten dazu freilich nicht, daß das wahlfähige Alter noch weiter herabgesetzt wird oder sonstige Maßnahmen herbeigeführt werden, die nur darauf hinauslaufen, den Einfluß der Masse zu erhöhen. Wir sehen vielmehr unsere Hauptaufgabe darin, das Verständnis für die Grundfragen der Politik immer mehr zu vertiefen, und erstreben einen Zuschnitt unseres politischen Leben an, der die wirklich führenden Köpfe auf allen Gebieten unseres Volkslebens zur Staatsleitung beruft, nicht Maulhelden und Volksverhetzer! Wir verlangen dazu von den alten Frontsoldaten, daß sie jetzt entschlossener in den politischen Kampf hinaustreten, halten wir sie doch immer noch für die besten Männer unseres Volkes.

Man bezeichnet uns weiter als „Orgeschbande". Die Organisation Escherich, die in Bayern unter den frischen Eindrücken der Räterepublik gegründet worden ist, war der als Akt der Notwehr selbstverständliche Zusammenschluß aller der Volksgenossen, die nicht gewillt waren, sich nach russischem Muster einfach abschlachten zu lassen. Noch heute danken wir nach alledem, was inzwischen weiter darüber bekannt geworden ist, ergebenst für die Heraufführung russischer Zustände auch bei uns und sind entschlossen, dahingehenden Versuchen mit aller Kraft entgegenzutreten. In diesem Sinne sind wir „wütende Orgescherche." Das Heil unseres Volkes sehen wir nicht in einer einseitigen Klassenherrschaft, sondern in einer wirklichen Volksgemeinschaft. Der Stahlhelm hat nie etwas mit der Organisation Escherich gemein gehabt.

Man wirft uns weiter vor, wir seien „Militaristen". Allerdings sind wir stolz darauf, in der alten Armee gedient zu haben, in der wir am eigenen Leibe erfahren haben, daß sie die große Erziehungsstätte unseres Volkes gewesen ist. Mag der Dienst in der alten Armee für jeden von uns mit manchen Unbequemlichkeiten verbunden, mögen unter unseren Vorgesetzten auch einige unwürdige Elemente gewesen sein: die Militärdienstzeit war ein Segen für unsere männliche Jugend und das deutsche Volksheer des Weltkrieges die großartigste Organisation der Kräfte eines Volkes, die die Welt je gesehen hat. Darum wird uns auch niemand die Erinnerung an die Großtaten unseres Heeres, die wir selbst handelnd mit erlebt haben, aus dem Herzen reißen. Wir sind stolz darauf, Mitkämpfer in dieser großen Zeit gewesen zu sein, und werden die Erinnerung daran stets in Ehren halten.

Deshalb sind wir noch lange keine Kriegshetzer. Gerade wir alten Soldaten haben volles Verständnis dafür, daß es geradezu ein Verbrechen an unserem Volke wäre, uns nach unserer Wehrlosmachung in einen neuen Krieg mit einer modernen Großmacht hetzen zu wollen. In den Ruf „nie wieder Krieg" stimmen wir freilich nicht ein. Nach unserer Ueberzeugung wird der Krieg die letzte große Kraftprobe im Wettstreit der Völker bleiben, die großen Entscheidungen unter den Völkern des Erdballs werden auch künftighin nicht durch Mehrheitsbeschlüsse und andere Papiermanöver herbeigeführt, sondern durch „Eisen und Blut". Darum betrachten wir es, mögen wir zurzeit auch wehrlos sein, als unsere heilige Aufgabe, den alten, unserem Volke angeborenen kriegerischen Geist lebendig zu erhalten.

Der letzte, der schwerste Anwurf: wir seien „Reaktionäre". Jawohl, das stimmt, wir sind Reaktionäre. Wir sehnen uns zurück zu der alten preußisch-deutschen Pflichtauffassung, jenem kategorischen Imperativ der Pflicht, der den einzelnen nicht rücksichtslos seinen persönlichen Vorteil suchen, sondern ihn sich als Teil des Volksganzen begreifen läßt, dem die Hingabe in erster Linie gilt nach dem Grundsatz: einer für alle, alle für einen. Wir sehnen uns zurück zu der alten Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes, ohne die an einen Wiederaufbau nicht zu denken ist, zurück zu der alten Zucht und Ordnung in unserem öffentlichen Leben, zu der alten Sicherheit von Person und Eigentum, die unter dem verrachten alten System selbstverständlich war, zurück zu einer kraftvollen Führung unserer Staatsgeschäfte nach außen und nach innen, zurück zu einer Regierung, die wirklich über den Parteien steht, zurück auch zu dem Glauben unserer Väter. Unsere staatlichen Verhältnisse werden erst dann wieder besser werden, wenn die Menschen wieder besser geworden sind.

Auch für uns ist der Weltkrieg mit seinen Folgeerscheinungen der Beweis dafür, daß die Entwicklung, die wir und mit uns die anderen Völker unter dem Zeichen des Kapitalismus eingeschlagen hatten, falsch war. Sie führte zu einer Abkehr von allem organischen Aufbau, der in der harmonischen Ausgestaltung der einzelnen Menschenseele das Hauptziel erblicken muß, nicht im Aufhäufen materieller Werte. Auch für uns ist eine neue Zeit angebrochen, in der es gelingen muß, die sozialen Gegensätze besser auszugleichen und jedem pflichttreuen Volksgenossen bessere Möglichkeiten zu harmonischer Lebensführung und sozialem Aufstieg zu bieten. In diese neue Zeit möchten wir aber das mit ihm übernehmen, was groß und stark und lebensfähig an unserem alten Staate war. Der neue deutsche Volksstaat, so wie er bis jetzt aufgezogen war, hat sich denn doch in mehr als einer Richtung als Karikatur eines Staates, einer wirklichen Volksgemeinschaft erwiesen. So kann es doch wohl nicht weiter gehen!

Uns beseelt die unumstößliche Zuversicht in die unverwüstliche Lebenskraft unseres Volkes, wir glauben fest an seinen baldigen Wiederaufstieg. Die unerläßliche Voraussetzung dazu ist für uns aber die entschlossene Abkehr vom materialistischen Geist unserer Zeit mit ihrer Anbetung der „Masse", die Rückkehr zu den alten Idealen unserer Väter, der Aufbau unseres Volksstaates auf völkisch-nationaler Grundlage. Für uns Frontsoldaten war der Frontgeist der klarste Ausdruck des Wollens, der Leistungsfähigkeit unseres Volkes. Im alten Frontgeist wollen wir uns daher jetzt in unseres Vaterlandes höchster Not wieder zusammenfinden.

Darum, Frontkameraden, schließt die Reihen im „Stahlhelm", allen Anwürfen zum Trotz!

Gau Halle des „Stahlhelm", Bundes der Frontsoldaten.

Aus der Musik-Literatur

Hermann Zilcher. Suite in vier Sätzen für zwei Violinen und Klavier. Verlag von Breitkopf und Härtel in Leipzig. Seitdem das „Deutsche Volksliederspiel" von Hermann Zilcher zum ersten Male erklang, ist der Name des Tondichters in allen deutschen Gauen bekannt und geschätzt. Es wird daher sicherlich das Interesse unserer Leser erregen, wenn wir heute auf ein anderes Werk H. Zilchers aufmerksam machen, das soeben im Verlage von Breitkopf und Härtel erschienen ist. Die oben genannte Suite ist ursprünglich für zwei Violinen und kleines Orchester gedacht. Sie behält aber auch ihren musikalischen Wert ungemindert in der Ausführung mit Klavierbegleitung. Jeder ihrer vier Sätze, unter denen ein reizender Reigen vielleicht die meisten Freunde erwerben wird, birgt frisch empfundene, vortrefflich gearbeitete Musik, die im Hause und in der Oeffentlichkeit ihre Wirkung nicht verfehlen wird, wenn sich ihrer tüchtige Spieler annehmen. — Die im gleichen Verlage erschienenen 15 Liederrondos von Moritz Vogel erweisen sich als liebenswürdige kleine Stücke, die sich an die Kinderwelt wenden, und deren Benutzung beim ersten Klavierunterricht sehr zu empfehlen ist. In der Form trefflich gerundet und bekannte Volkslieder verwendend, werden sie um so bessere Dienste leisten, als sie auch mit gutem Fingersatz versehen sind.

„Rosen aus dem Rosengarten von Hermann Löns" ist der Titel eines Liederheftes für eine Singstimme und Laute oder Pianoforte, das die hallesche Tondichter Martin und Elsbeth Frey im Verlage von F. E. C. Leuckart in Leipzig herausgegeben haben. Die Lieder sind reizende, auf dem Boden des Volksliedes erwachsene Kunstmusik und so ungesucht und natürlich in ihrer Melodik, daß sie bald und schnell weite Verbreitung finden werden. Ihre Ausführung bereitet keinerlei Schwierigkeiten. — Höher im Rang stehen die drei Lieder („Vöglein, wohin so schnell?", „Im Volkston", „Legende"), die Martin Frey als opus 36 im Steingräber-Verlag in Leipzig veröffentlicht hat. Sie zeichnen sich ebenfalls durch warm empfundene, eingängliche Melodik aus, erschöpfen dabei den Sinn der Dichtung und sind vortrefflich und flüssig gesetzt. Sängern und Hörern werden sie gleichmäßig zur Freude gereichen. Prof. Dr. W. Kaiser.

— **Ein neues Werk von Freud.** Professor Dr. Siegmund Freud, der bekannte Wiener Psychologe und Nervenarzt, läßt jetzt unter dem Titel „Massenpsychologie und Ich-Analyse" ein neues Werk erscheinen (im Internationalen Psychoanalytischen Verlag, Leipzig und Wien). Es wendet die psychoanalytische Methode auf soziologische Probleme an, besonders auf die Psychologie des Herdentriebes, auf das Verhältnis zwischen Führer und Masse und auf die psychische Beziehung des Individuums zu typischen Kollektivbildungen wie Kirche und Heer.

Verantwortlich: Lothar Heberer.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192109181-19/fragment/page=0006